

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KÜPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Die geduldeten christlichen Gewerkschaften. Rundschau. Genossenschaftliche Monatschau. Eine neue Gewerkschaftsstrategie? I. Zur tariflichen Lage im Buchdruckgewerbe. — **Allgemeines:** Lage der Ansichtspostkartenfabrikation. Tut eure Pflicht! Aus unserer Berufsinternationale. Ortsberichte: Pforzheim. — **Der Lithograph:** Entwürfe für Lithographen und Urheberrecht. — **Die photomech. Fächer:** Unternehmerverbände — Streikschutz, I. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Die geduldeten christlichen Gewerkschaften.

Mit Hangen und Bangen sahen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands der Meinungsäußerung des Papstes zum katholischen Gewerkschaftsstreit entgegen. Nach dem Verbot des interkonfessionellen christlichen Textilarbeiterverbandes »Unitas« in Holland für alle Katholiken, das durch die Bischöfe verhängt und trotz eines weh- und demütigen Bittgesuchs nicht wieder aufgehoben worden ist, und nach dem bekannten Begrüßungstelegramm des Vatikans an die konfessionellen katholischen Fachabteilungen »Berliner Richtung«, die im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften gelobt, gebilligt und empfohlen worden sind, war die Hoffnung der christlichen Gewerkschaftsführer auf eine ihren Organisationen freundliche Kundgebung des Papstes auf den Gefrierpunkt gesunken. Jetzt wurde nun diese lange erwartete Meinungsäußerung in Form eines päpstlichen Rundschreibens an die deutschen Bischöfe der Öffentlichkeit übergeben, und wer die Enzyklika aufmerksam liest, der muß zu dem Ergebnis kommen, daß die schlimmsten Befürchtungen der Gewerkschaftschristen eher noch überboten worden sind.

Der langatmige Erlaß unterstreicht und bekräftigt vollinhaltlich die früheren Äußerungen des Vatikans in dieser Sache. Die konfessionellen katholischen Arbeitervereine werden als die einzig wahren Organisationen bezeichnet. Besonders werden die von den christlichen Gewerkschaften mit den schärfsten Mitteln bekämpften katholischen Fachabteilungen »Berliner Richtung« erneut gelobt und empfohlen. Sie sollen auch vom Klerus in jeder Weise unterstützt und gefördert werden. Die Befehdung dieser Vereinigungen wird als höchst verwerflich bezeichnet und scharf verurteilt. Die gemischten Vereine, also die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften, sollen nur aus Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Sache in Deutschland geduldet werden, solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung widerrufen werden muß. Diese Vereinigungen sollen jedoch von den Bischöfen sorgfältig überwacht und beobachtet werden, damit den Katholiken aus der Mitgliedschaft in diesen Organisationen kein Schaden erwächst. Die katholischen Mitglieder der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften müssen zugleich auch einem konfessionellen Verein angehören.

Daß sich die christlichen Gewerkschaften durch einen Beschluß ihres Dresdener Kongresses zu Zutreibern für diese konfessionellen

Arbeiter-, Gesellen-, Jünglings- und Jungfrauenvereine gemacht haben, um sich den Vatikan günstig zu stimmen, hat ihnen also rein gar nichts genutzt. Sie werden mit aller Schärfe als ein Übel hingestellt, das man nach Möglichkeit meiden soll. Zwar werden sie den Katholiken noch nicht direkt verboten, sondern in Anbetracht der deutschen Verhältnisse notgedrungen toleriert. Aber diese Duldung erfolgte auf Widerruf! Sie hat sofort ein Ende, sobald die christlichen Gewerkschaften nicht in jeder Beziehung nach der Pfeife des Vatikans tanzen und sobald der Klerus, unter dessen Polizeiaufsicht sie gestellt wurden, Ursache zu haben glaubt, mit ihnen unzufrieden zu sein.

Das macht ihnen natürlich jede selbständige Handlung unmöglich. Alle ihre Maßnahmen müssen sie vor der Ausführung von dem Gesichtspunkt aus prüfen, ob sie damit die Billigung ihrer Zwangsvormünder finden werden oder nicht. Jede energische Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern, jeder Lohnkampf zur Verbesserung der Arbeiterlage wird ihnen unmöglich sein, denn derartige Handlungen könnten sofort ein ungnädiges Stirnrundeln eines hohen Klerus zur Folge haben und der gnädigen Duldung ein Ende machen. Das ständig drohende Verbot schwebt also wie ein Damoklesschwert über den christlichen Gewerkschaften. Es muß alle Energie und Tatkraft lähmen und die christlichen Gewerkschaften immer mehr auf das Niveau der gelben Verrätervereine herabdrücken, von dem sie allerdings, wie ihre Rolle im letzten Bergarbeiterkampf bewiesen hat, schon jetzt nicht mehr allzuweit entfernt waren.

Mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Sache in Deutschland sollen, wie es in der Enzyklika heißt, die christlichen Gewerkschaften bis auf weiteres geduldet werden. Sie haben sich, wie wir schon bei der Besprechung des christlichen Gewerkschaftskongresses in Dresden in Nr. 42 hervorhoben, im kirchlichen Leben, ungeachtet des Häufleins evangelischer Mitläufer stets als getreue Gefolgschaft des katholischen Klerus und im politischen Leben immer als die festeste Stütze des Zentrums erwiesen; dadurch machten sie sich dem Klerus und dem Zentrum für die Wahrung des Einflusses auf die Arbeiterschaft noch unentbehrlich. Das ist die »besondere Lage der katholischen Sache in Deutschland«, von der die Enzyklika spricht! Weil man die christlichen Gewerkschaften noch braucht, deswegen und nur aus diesem Grunde duldet man sie bis auf weiteres, was aber nicht hindert, sie den Gläubigen so schwarz als möglich zu malen und dadurch den Fachabteilungen scharfe Waffen zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu drücken.

Und was sind diese katholischen Fachabteilungen, die der Vatikan erneut mit aller Wärme lobt und empfiehlt, für Gebilde?! Ihre Gründung fällt in den Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Sie wurden schon durch die von den Kaplänen Hitze und

Oberdörfer verfaßten Leitsätze für ihre Gründung zu wirtschaftlicher Ohnmacht verurteilt. In diesen Leitsätzen wird betont, daß die konfessionellen Gebilde den wirtschaftlichen Frieden wahren, in Streitfällen die Meinung der Unternehmer einholen und die Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen fernhalten sollen. Der Streik als letztes Mittel wurde ihnen nicht direkt verwehrt, »aber schon die lokale und konfessionelle Beschränkung der Organisation — heißt es jesuitisch in den Leitsätzen — wird die Aufnahme und Durchführung eines solchen kaum möglich erscheinen lassen«. Der Streik ist in diesen Vereinen also, obwohl er ihnen nicht direkt verboten wurde, in der Praxis gar nicht durchführbar.

Mit der Begründung der Fachabteilungen hat man den Arbeitern also die Selbstverteidigung unmöglich gemacht und man hat sie dem Unternehmertum ausgeliefert. Dasselbe ist jetzt durch die Enzyklika endgültig auch mit den christlichen Gewerkschaften geschehen. Dadurch, daß sie ihre katholischen Mitglieder den konfessionellen Vereinen zuführen müssen, züchten sie selbst in ihren Reihen eine straffe, von außenstehenden Mächten beeinflusste Organisation in der Organisation, die, sobald ihr und ihren Hintermännern der Gesamtkörper der christlichen Gewerkschaften nicht ganz zu Willen ist, als Sprengpulver wirkt und die interkonfessionellen Organisationen auffliegen läßt. So besorgt der Vatikan die Geschäfte der Unternehmer!

Und recht bezeichnend ist es auch, daß sich die Enzyklika nur auf die Organisation der Arbeiter bezieht! Diese sind zum Teil immer noch dumm und unselbständig genug, sich bevormunden und gängeln zu lassen. Wollte man den Unternehmern vorschreiben, wie sie sich zu organisieren haben, würde ein schallendes Hohngelächter die Antwort sein. Das Unternehmertum schließt sich ohne konfessionelle Rücksichten fest zusammen. Es läßt sich auch vom Papste in dieser Beziehung keine Vorschriften machen, und wenn man, was natürlich ganz ausgeschlossen ist, doch versuchen wollte, den katholischen Unternehmern zur Sicherung ihres Seelenheils nur den Zusammenschluß in konfessionellen Vereinen zu gestatten, dann würden sie sich diese Bevormundung energisch verbitten. Aber die katholischen Arbeiter behandelt man wie unmündige Kinder, die gegängelt werden müssen.

Arbeiter, die sich reif und mündig fühlen, werden jedoch gleich den Unternehmern jeden Versuch einer Bevormundung entschieden zurückweisen und die ihnen selbst geeignet erscheinenden Mittel zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen anwenden. Sie werden auf jede Mitgliedschaft in Organisationen verzichten, auf die alle möglichen außenstehenden Kräfte ihren Einfluß geltend machen und ausüben. Und sie werden sich nur solchen Verbänden anschließen, die jeden ohne Rücksicht auf sein konfessionelles Glaubensbekenntnis aufnehmen und frei

von allen äußeren Einflüssen selbstbewußt und unabhängig ihre eigenen Wege einzig und allein zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen beschreiten. Das sind nur die freien Gewerkschaften, deren Förderung die Aufgabe jedes aufrechter, selbstbewußten und mündigen Arbeiters sein und bleiben wird.

Rundschau.

Von der Chromopostkarten-Konvention weiß das »Berliner Tageblatt« vom 14. November (Abendausgabe) folgendes zu berichten: Eine Mitgliederversammlung der Konvention hat einstimmig beschlossen, einen *Kampfpreis* einzuführen, falls es nicht gelingen sollte, die Firmen, die sich gegenüber der Verlängerung der Konvention noch ablehnend verhalten, für die Konvention zu gewinnen — Die *jetzige* Chromopostkartenkonvention läuft bis zum 1. Januar. Über die Höhe der *Preisermäßigung* sind bisher noch keine Vereinbarungen getroffen worden; sie dürfte vielmehr erst festgesetzt werden, wenn sich die Verhältnisse etwas geklärt haben und es feststeht, wieviel Outsider der Konvention noch beitreten werden. Da der Konvention 16 — zum Teil sehr große — Firmen angehören, dürfte eine starke Preisreduktion den Konventionfabriken selbst mindestens ebensoviel schaden wie den Outsidern. — Aus der Notiz des »Berl. Tagebl.« geht hervor, daß die Konvention die Preisschleuderei, von deren Umfange der Artikel über die *Lage der Ansichtspostkarten-Fabrikation* in dieser Nummer beredetes Zeugnis ablegt, noch unterstützen und durch ihren Kampfpreis selbst mit betreiben will. So »retten« die Unternehmer das Gewerbe!

Geschäftsergebnisse. Die *Vereinigten Stralunder Spielkarten-Fabriken Akt.-Ges.* haben im abgelaufenen Geschäftsjahr einen *Überschuß* von 251978 Mk. (i. V. 217847 Mk.) erzielt. Nach Abschreibungen von 110648 (86752) verbleibt ein *Reingewinn* von 141330 (131095) Mk. aus dem eine Dividende von 8 Proz. gegen 7½ Proz. in den letzten fünf Jahren vorgeschlagen werden soll. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr bezeichnet die Verwaltung im Geschäftsbericht als gut. Bis zur Berichtszeit sei eine weitere Steigerung des Absatzes zu verzeichnen und man hofft auch im nächsten Jahre wieder ein befriedigendes Ergebnis vorlegen zu können.

Max Günther, der frühere Redakteur des »Lithograph« (Organ des inzwischen in unserm Verbands aufzugehenden Lithographenbundes), ist gestorben. Seine Leiche wurde am 13. November im Leipziger Krematorium eingäschert. Eine stattliche Trauerversammlung hatte sich am Sarge eingefunden. Im Namen der sozialdemokratischen Partei widmete Genosse Scheib dem Verstorbenen einen warm empfundenen Nachruf. Er hob die unermüdete, rastlose Tätigkeit Günthers während der Dauer des Sozialistengesetzes, ferner sein Wirken innerhalb der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung hervor. Günther habe alles für unsere Bewegung getan, was in seinen Kräften stand, bis er vor ethischen Jahren infolge Überanstrengung seiner Nerven in der Heilanstalt Dösen Unterkunft suchen mußte. Leider sei die Heilung nicht gelungen, und so war der Tod eine glückliche Erlösung für ihn. Im Namen der sozialdemokratischen Partei rief ihm Genosse Scheib für die geleistete Arbeit ein Habe Dank! nach.

Ein Zeitungsmuseum soll auf der internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 als eine besondere Abteilung eingerichtet werden. Darin soll nicht nur die historische Entwicklung des Zeitungs- und Nachrichtenwesens, sondern auch die Eigenart und das Wesen des modernen Redaktions- und Zeitungsbetriebes sowie des hochentwickelten Nachrichten- und Reporterdienstes vor Augen geführt werden. Mit Hilfe von Photographie und Kinematographie wird dabei die im Publikum zu wenig bekannte Beteiligung aller mitwirkenden Faktoren gezeigt werden. Insbesondere wird die oft erstaunliche Schnelligkeit veranschaulicht werden, mit der im heutigen Nachrichtenendienst gearbeitet wird. Die Mittel des Nachrichtenendienstes werden vollständig zur Anschauung gelangen, vom Boten bis zum Ferndrucker, zur drahtlosen Telegraphie und zur Fernphotographie. Ebenso werden die Höhe der Auflagen, das Inseratenwesen, die räumliche Verbreitung der Zeitungen zur Darstellung gelangen. Die Abteilung der Tageszeitungen steht natürlich wiederum mit anderen Abteilungen der Ausstellung in naher Verbindung, wie der Papierzeugung und dem mächtig entwickelten Druckwesen. Dem Prinzip der Ausstellung folgend, möglichst überall lebendige Anschauung zu bieten, wird eine moderne Zeitungsdruckerei im Betriebe vorgeführt werden. Die Ausgestaltung der Abteilung der »Tageszeitungen«, sowohl nach ihrer historischen wie technisch-beziehenden Seite hin, hat der Verein Deutscher Zeitungsverleger übernommen.

Der Nahrungsmittelaufwand ist nach den Catwischen »Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise« im September gegenüber dem Vormonate um eine Kleinigkeit billiger geworden. Die Reichsindexziffer sank von 26,66 im August auf 26,63 im September, also um 0,03. Das will aber

wenig oder gar nichts bedeuten, denn im September 1911 stand sie auf 24,77, sodaß sie im September 1912 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 1,86 erfahren hat. Diese Zahl ist ein Beweis, daß die an Hungersnot grenzende Teuerung immer noch mit unverminderter Wucht auf dem Volke lastet.

Der außerordentliche internationale Arbeiterkongreß, dessen Einberufung das internationale sozialistische Bureau beschlossen hat (s. »Gr. Pr.« Nr. 45), um gegen den Krieg zu protestieren und zu demonstrieren, wurde vom Exekutivkomitee des Bureaus für den 24. und 25. Novbr. nach Basel anberaumt. Der einzige Tagesordnungspunkt lautet: Die internationale Lage und die Vereinbarung für eine Aktion gegen den Krieg. Aus Deutschland werden 80 Delegierte an dem Kongreß teilnehmen. Unsere Organisation wird durch Kollegen Sillier vertreten sein. — Am 17. November fanden bereits in allen Großstädten der europäischen Länder internationale Meetings statt, in denen die Arbeiterschaft aller Nationen einig und geschlossen gegen Krieg und Kriegsgefahr ihre Stimme erhob. Möchte das gewaltige kulturelle Friedenswerk, das von dem internationalen Proletariat mit aller Energie in Angriff genommen wurde, mit Erfolg zu einem guten Ende geführt werden.

Gelbe Heidentaten. Wegen schwerer Körperverletzung wurden die beiden Vorstandsmitglieder des Werkvereins der Baumwollspinnerei Colbermoor, die Herren Scherrenberger und Stadler, vom Schöffengericht Aibling in Bayern zu 33 und 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die beiden Gelben befanden sich vor einiger Zeit in einer Wirtschaf in Colbermoor, wo es infolge ihrer provozierenden Haltung zwischen ihnen und organisierten Arbeitern zu Auseinandersetzungen kam. Als sich die beiden Angeklagten dann aus der Wirtschaf entfernen mußten, überfielen sie den auf der Straße stehenden, in keiner Weise an der Sache beteiligten freigeorganierten Arbeiter Weinberger, den sie mit den Worten: »Da steht auch so ein Schuft, haut ihn zusammen!« niederschlugen und ihn dertat zurichteten, daß Weinberger aus vielen Wunden blutete, eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und dauernd erwerbsbeschränkt bleiben wird. Der Amtsanwalt konnte nicht umhin, die Roheit der gelben Heiden zu entschuldigen, und er beantragte eine dem schweren Delikte nicht entsprechende, sehr geringe Strafe. Das Gericht ging jedoch über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus und verurteilte die beiden Gemütsmenschen zu der genannten Strafe.

Ein beispielloses Klassenurteil fällt das Schwurgericht in Magdeburg. Es hat den Arbeitswilligen Joseph Ruppert aus Karlsruhe, der im September dieses Jahres einen an dem in Frage kommenden Streik völlig unbeteiligten Schuhmacher Fritsche nachts auf offener Straße in Burg bei Magdeburg ohne jede Ursache niederschob, *freigesprochen!* Gelegentlich eines Ausstandes der Holzarbeiter bei der Firma Wolf in Burg wurde der genannte Ruppert als Arbeitswilliger durch Vermittlung von Streikbrecheragenten engagiert und in der Fabrik einquartiert. In der Nacht vom 14. September kam er mit einer beträchtlichen Bierladung in sich um ½ Uhr an das Fabrikort und begreife durch lautes Klopfen Einlaß. In diesem Augenblicke kam der Schuhmacher Fritsche mit 3 Bekannten die Straße entlang, und einer der letzteren sagte im Vorbeigehen zu Ruppert: »Du kannst wohl nicht rein?« Diese wenigen Worte brachten dem »Staats-erhaltenden« so in Wut, daß er nach kurzem, belanglosem Wortwechsel aus seiner scharfgeladenen Browningpistole auf den etwas weiter abseits stehenden Fritsche zwei Schüsse abgab, der sofort zu Boden sank und nach wenigen Minuten eine Leiche war. Auch die Gerichtsverhandlung ergab kein andres Resultat. Trotzdem fühlte sich der Staatsanwalt verpflichtet, den Verbrecher zu verteidigen und den Zeugen als politischen Gesinnungsgenossen des Toten offensichtliche Unwahrheit zu unterstellen, da sie in ganz nebensächlichen Ausdrücken in ihren Aussagen nicht übereinstimmen. Man dürfe dem Angeklagten glauben, daß er aus früheren Erfahrungen an andern Orten sein Leben im vorliegenden Fall als gefährdet betrachten konnte. Wenn auch nicht direkte Notwehr vorgelegen habe, so doch vermeintliche Notwehr. Nicht ihn treffe die Schuld, daß durch seine Handlung ein junger Mann vernichtet worden sei, sondern jene, die die Verhältnisse so auf die Spitze getrieben hätten, daß man den Arbeitswilligen Waffen in die Hände geben müsse! Und das Schwurgericht sprach den Mörder frei von jeder Schuld, wie es der Staatsanwalt wünschte. Das Urteil wurde am 8. November d. Js. gefällt. Wir überlassen es unsern Lesern, darüber nachzudenken, wie wunderbar und gerecht die Wege der deutschen Justiz sind, die hier einen Menschen freispricht, der ein blühendes Menschenleben auf dem Gewissen hat, aber gelegentlich des Ruhrbergarbeiterstreiks und seiner Nachwehen viele Arbeiter wochen- und monatelang ins Gefängnis steckte, weil sie Arbeitswillige als Verräter ansahen, und nur mit Worten beschimpften, ja sogar eine junge Mutter mit ihrem Säugling einsperrte, weil sie einem Streikbrecher das Wort »Pfui« entgegen-schleuderte.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 18. November 1912.

Aus dem internationalen Genossenschaftsleben: Außerordentlicher Genossenschaftstag in Deutschland; Produktion der Genossenschaften in England; Einigung der Konsumvereine in Frankreich; Protest gegen die Benachteiligung der Genossenschaften in Österreich; Konsumvereine und Fabrikantenkartelle in der Schweiz.

Für den 25. November wurde nach Hamburg ein *erster außerordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine* einberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Änderungen der Satzungen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. 2. Festsetzung der Beiträge zu den Kosten des Zentralverbandes. 3. Wahl von vier ehrenamtlichen und drei berufsmäßigen Vorstandsmitgliedern. 4. Endgültige Festsetzung der Höhe des Stammkapitals der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung. 5. Übergabevertrag der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. an die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Am 26. November wird sich dieser Tagung die »Gründende Versammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.« anschließen.

Die »Labour Gazette« veröffentlicht kürzlich über die *Produktion der englischen Genossenschaften* eine Reihe interessanter Angaben und Zahlen. Danach beschäftigten die englischen *Konsumgenossenschaften* im Jahre 1911 insgesamt 46187 Angestellte, denen an Lohn 53056758 Mk gezahlt wurden; der Umsatz der Produktion betrug 499777803 Mk. Am meisten Arbeiter wurden in der Bekleidungsindustrie beschäftigt, nämlich 22255; es folgen Nahrungsmittel- und Tabakindustrie mit 13546, Maurer, Steinbrecher und Holzarbeiter mit 3597, Buchdrucker mit 1940, Webwaren mit 1763, Seife, Kerzen und Stärke mit 1185, Metallbearbeitung und Schiffbauerei mit 598, verschiedene Industrien mit zusammen 1313 Arbeitern. Den größten Umsatz erzielte die Nahrungsmittel- und Tabakindustrie mit 385641947 Mk.; Es folgt die Bekleidungsindustrie mit 60398504 Mk., Seife, Kerzen und Stärke mit 18670896 Mk., Maurer usw. mit 15676971 Mk., Webwaren mit 8009713 Mk., Buchdrucker mit 6045193 Mk., Metallbearbeitung mit 2501672 Mk., während auf verschiedene Industrien 2832907 Mk. entfielen. Die *Arbeitsgenossenschaften* fallen weit weniger ins Gewicht. Sie beschäftigten 7222 Angestellte, zahlten Löhne in Höhe von 7752754 Mk. und erzielten einen Umsatz von 30262220 Mk. Gewinnbeteiligung hatten 158 Genossenschaften, darunter 115 Konsumvereine, eingeführt, die 15286 Arbeiter beschäftigten.

Anfang November hielten die beiden großen französischen Konsumvereine-Verbände — der »Verband der sozialistischen und Arbeiter-Kooperation und der neutralistische Genossenschaftsverband« — in Paris und Roanne ihre Kongresse ab, auf denen beide des von einer gemischten Kommission ausgearbeitete *Einigungsprogramm angenommen haben*. Ein Einigungskongreß, der in den letzten Tagen dieses Jahres in Tours abgehalten werden wird, wird die Verschmelzung beider Organisationen auf dieser Grundlage vornehmen. Die französischen Konsumvereine werden dann gleich der sozialistischen Partei und der Arbeiterkonföderation einen einheitlichen, die innerhalb dieser sozialen Aktion wirkenden Kräfte zusammenfassenden Organismus darstellen. Auf dem neutralistischen Kongreß erfolgte die Annahme des Einigungsaktes einstimmig, auf dem sozialistischen mit 307 gegen 30 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen. Im Anschluß an den Kongreß des sozialistischen Verbandes fand die Generalversammlung der Großeinkaufsgenossenschaft statt. Die Umsatzziffer für das Jahr 1911/12 beträgt 10610000 Frank, 1120000 Frank mehr als in der vorangehenden Periode. Die Genossenschaft besorgt die Buchhaltung für 42 Konsumvereine. Sie hat 920 Vereine als Kunden, von denen indes nur 275 Aktionäre sind. Dabei beträgt ihr Kapital nur 80000, die Reserven 120000 Frank. Jetzt ist ein Entwurf ausgearbeitet, der von den Vereinen die Leistung von 4 Frank jährlich für jedes Mitglied vorsieht.

Die *Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich* mußten bisher mehr Steuern zahlen als die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Diesem Unrecht wollten Regierung und Abgeordnetenhaus durch ein entsprechendes Gesetz ein Ende bereiten. Allein das »Herrenhaus« nahm Rücksicht auf das Geschrei der Kaufleute und Krämer, die den Konsumvereinen das gleiche Recht mißgönnen, und verwies die Vorlage an die Finanzkommission zurück. Das hat den *bürgerlichen* Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu einem Protest und einer Eingabe veranlaßt, denen er eine treffliche Begründung gegeben hat. Er nennt die unglechmäßige steuerliche Behandlung der Konsumvereine *unbillig, unsozial und politisch unklug* und betont, daß es unmöglich sei, ohne die Mitarbeit der Konsumvereine die wirtschaftlichen Vorteile zu erzielen, welche das Genossenschaftswesen dem kleinen Manne bringe. Die Konsumvereine beruhen auf denselben Grundideen der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit, wie die anderen Genossenschaftsarten, und stützten sich auf dieselben Gesetzesbestimmungen. Daher widerspreche die Schaffung einer Rechtsgleichheit dem Grundgedanken des modernen Staates. Während man andere Genossenschaften staatlich sub-

ventionierte, hätten die Konsumvereine nie einen Heiler aus öffentlichen Mitteln verlangt, sondern seien aus eigener Kraft emporgewachsen. Es gehe nicht an, den Konsumenten, deren Lage in der Zeit der Teuerung sicher nicht leichter sei als die der Kleinhändler, den gemeinsamen Einkauf zu erschwern. Es sei eine Illusion, zu glauben, der Kleinhandel könne durch Einengung der Selbsthilfe der Konsumenten gehoben werden. Der Gedanke der vollen Gleichberechtigung aller Genossenschaftsarten müsse im Gesetze zum Durchbruch kommen, denn nur er könne das Rechtsempfinden aller, die nicht einseitige Interessenpolitik vertreten, befriedigen. Diese einschichtigen Darlegungen einer bürgerlichen Organisation sollten sich auch viele bürgerliche Parlamentarier in Deutschland zur ständigen Ermahnung an den Spiegel stecken.

Vor einigen Jahren gelang es den deutschen Konsumentenorganisationen, den Versuch der Markenartikelfabrikanten, die Verkaufspreise zu diktiert, siegreich abzuschlagen. Dadurch wurden den Konsumvereinsmitgliedern erhebliche Vorteile gesichert. Der private Handel ist in der Abwehr bei weitem nicht so erfolgreich gewesen, hat auch wenig Interesse am Schutze des Konsumenten, der für ihn lediglich Ausbeutungsobjekt ist. Aufgegeben haben die Fabrikanten ihren Plan natürlich nicht. So wird jetzt aus der Schweiz über einen neuen Vorstoß berichtet. Eine Anzahl industrieller, insbesondere der chemischen Gruppen, denen sich aber auch bekannte deutsche und schweizerische Firmen der Nahrungs- und Genussmittelbranche zugesellt haben, stellte an den Verband schweizerischer Konsumvereine ein ganz ähnliches Ansinnen, wie seinerzeit die deutschen Markenartikelfabrikanten. Der Verband verweigerte die Unterzeichnung des Reverses und ließ dem Markenschutzverband eine nicht mißzuverstehende Absage zugehen. Das hat gezogen. Man beilegte sich, der Konsumvereinszentrale mitzuteilen, daß es den Leitern des Markenschutzverbandes fernliege, den Konsumvereinen wegen ihrer ablehnenden Haltung den Kampf anzusagen. Die Konsumvereine haben sich also auch in diesem Falle wieder als sicheres Bollwerk gegen die Willkür der Produzenten erwiesen. **XX**

Eine neue Gewerkschaftsstrategie?

I.

Die Kriegskunst der modernen Gewerkschaftsbewegung ist wie alle Strategie nichts Abgeschlossenes, sondern auch hier gilt der Grundsatz: Alles fließt. Aus den kleinen, vorwiegend lokalen Kämpfen sind die großen Massenkämpfe geworden, dem Arbeiterstreik setzten die Unternehmer die Aussperrung entgegen, der Firmenvertrag wurde durch den Ortsvertrag ersetzt und dieser wiederum maß dem Bezirks- oder gar Reichsvertrage Platz. Allein, man kann zwischen gewissen Methoden unterscheiden, die in den organisatorischen Verhältnissen der Arbeiterbewegung einzelner Länder wurzeln und daher aufs engste mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, mit der Höhe der kapitalistischen Entwicklung der betreffenden Länder konform gehen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß man von einer spezifisch deutschen Gewerkschaftsmethode in der gewerkschaftlichen Welt zu sprechen gewohnt ist. Auf die Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens hat der *marxistische Sozialismus* den denkbar stärksten Einfluß ausgeübt. Und je länger, desto sicherer kann festgestellt werden, daß das nicht zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung geschah. Die von Marx verfaßte Resolution des Genfer Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation (1866) ist in Deutschland die heute noch geltende theoretische Unterlage der Gewerkschaften geworden. Jene Resolution stellte schon 1866 die *gewerkschaftliche Aktion und Organisation* mit in den Vordergrund der Bestrebungen der Arbeiterklasse. Wenn die Verwirklichung der These nicht immer glatt vor sich ging, so lag das an einer reaktionären Gesetzgebung und einer nicht minder reaktionären Bürokratie einerseits, teils aber auch an der langandauernden Nachwirkung Lassalle'scher antigewerkschaftlicher Anschauungen in der Arbeiterbewegung selbst. Heute hat sich die der Resolution zugrunde liegende Auffassung allgemein durchgesetzt.

Eine weitere These jener Resolution ist nicht minder in Deutschland zur Verwirklichung gelangt: die Forderung, daß die Gewerkschaften nicht nur den Lohnkampf führen, sondern auch der *allgemeinen sozialen und politischen Bewegung* ihre Aufmerksamkeit widmen sollen, das heißt, daß sie dem politischen Klassenkampf nicht interesselos gegenüberstehen dürfen. Die deutschen Gewerkschaften haben organisatorisch keine Verbindung zur politischen Organisation, die Arbeitstellung ist hier durchgeführt, aber sie bemühen sich, ihre Mitglieder zur politischen Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Interessen zu erziehen. Also keine nurgewerkschaftliche, sondern gewerkschaftliche und politische Aktion der Arbeiterklasse.

Und schließlich ist in Deutschland mehr als sonstwo in den Ländern einer alten Gewerkschaftsorganisation auch die dritte Marx'sche Forderung durchgeführt worden, daß nämlich die Gewerkschaften sich um die *schlechter organisierten Berufe* kümmern sollen. Diese Forderung enthält viel mehr, als man auf den ersten Blick annehmen möchte.

Sie ist die Proklamierung der *allgemeinen Arbeiter-solidarität*, der brüderlichen Kampfgenossenschaft aller Lohnsklaven. Während in England, dem Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung, eine gewerkschaftliche Arbeiteraristokratie der qualifizierten Berufe entstand, haben die deutschen Gewerkschaften genau das gleiche Gewicht auf die Organisation der ungelerten und gelerten Arbeiter gelegt und unsere großen Industrieverbände vereinigen ohne Unterschied in Rechten und Pflichten die Arbeiter und Arbeiterinnen ihres Organisationsgebietes, gleichgültig, ob sie berufsgelernt sind oder nicht. Überhaupt ist die Durchführung der Industrieverbandsorganisation erst möglich geworden durch diese Anerkennung der gleichen Interessen der Arbeiter innerhalb einer Industrie.

Aus dieser theoretischen Klärung ist die deutsche Gewerkschaftsmethode hervorgegangen. Organisatorisch erstreben die deutschen Gewerkschaften die Zusammenfassung aller Arbeiter in ihren Reihen, und zwar in großen leistungsfähigen Verbänden, nicht in kleinen, weniger leistungsfähigen, dem beruflichen Kastengeist Vorschub leistenden Vereinigungen. Für die Organisationsgrenzen ist die *technische Zusammengehörigkeit* der betreffenden Arbeiter im Produktionsprozeß maßgebend, nicht der Lehrbrief der Zunft. Die Folgen sind glänzend: während in Deutschland 2 1/2 Millionen Arbeiter in 52 Zentralverbänden zusammengefaßt sind, die sämtlich der Generalkommission als Landeszentralisation angehören, zählt das Mutterland der Gewerkschaftsbewegung, England, mehr als 1000 Organisationen bei gleicher Mitgliederzahl. Die Zentralisation in der englischen Landeszentrale ist ebenso rückständig, denn kaum 1 Million von den 2 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern gehören der General-Föderation an. Das gewerkschaftliche Zusammenwirken der englischen Arbeiter ist minimal, verglichen mit dem festen Bande, das die deutschen Gewerkschaften umschließt. Nur so ist es zu verstehen, daß die Engländer die Unterstützung von nur 50000 Streikenden (bei 2 1/2 Millionen Organisierten) nach sechswohentlichem Kampf die internationale Solidarität anrufen mußten, während die Deutschen, auch wo sie mehrere Hunderttausende von Mitgliedern monatlang im Kampfe hatten, das Ausland nicht in Anspruch nahmen.

Entsprechend der Organisationsmethode der deutschen Gewerkschaften ist auch ihre Aktionsmethode. Man nimmt sich *nicht mehr vor*, als man voraussichtlich *durchführen* kann. Daher auch die Zentralisation der Lohnbewegungen in den Vorständen der Organisationen, die alle Voraussetzungen zur Beurteilung der Situation haben. Die deutsche Aktionsmethode duldet nur *organisierte Kämpfe*, sie sucht die Kampfesfront nicht breiter zu gestalten, als die Leistungsfähigkeit der Organisationen es zuläßt. Auch die Aussperrungen der Unternehmerverbände vermögen an diesem Aktionsprinzip der deutschen Gewerkschaften nicht viel zu ändern. Auch hier sucht die gewerkschaftliche Strategie im Gegensatz zu den Bestrebungen der Unternehmer die Kampfesfront zu *vermindern*, sei es durch Abschiebung der Aussperrten nach anderen Orten oder durch Unterbringung in anderen nicht vom Kampfe betroffenen Betrieben am Orte. Die Prozentaussperrung in der Großindustrie veranlaßt wohl die Organisationen gelegentlich, die verbliebenen 30 oder 40 Proz. auch aus den Betrieben herauszuziehen, nicht des Sympathieprinzips halber, sondern um die Fertigstellung dringender Arbeiten zu verhindern und ferner auch, um der ferneren *»Aus-sperrung«* von Arbeitern durch den Unternehmer zu begegnen. Der Sympathiestreik als solcher hat heute in den deutschen Gewerkschaften wenig Freunde, weil die Erfahrungen lehren, daß er nur selten einen Erfolg für die Arbeiter gewährt. Die einzige Form von Sympathiestreik, die in Deutschland üblich und erfolgreich ist, ist Verweigerung von Streikarbeit. Aber diese Form hat wenig mit dem eigentlichen Prinzip des Sympathiestreiks gemein, dessen Ziel es ist, die Kampfesfront zu vergrößern, weil man glaubt, dadurch den Unternehmer um so früher zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Das gelang wohl früher, als die Unternehmer weniger gut organisiert waren, bei den heutigen Organisationsverhältnissen der Unternehmer scheidet diese Kampfesform aus, weil sie keinen Erfolg verspricht.

Den absoluten Gegensatz zu dieser deutschen Methode bildet die *syndikalistische Methode*. Sie verdammt zunächst organisatorisch die Zentralisation der gewerkschaftlichen Machtmittel. Die französischen Gewerkschaften, die Träger dieser Methode, fassen wohl ihre lokalen Syndikate in Landesvereinigungen zusammen, aber diese Vereinigungen verkörpern keine Zentralgewalt, sondern die Syndikate bestimmen selbst über ihre Aktionen. Die lokale Selbstherrschschaft hat die finanzielle Hilflosigkeit der Zentrale zur Folge, die somit nur ideellen, *keinen materiellen Wert* besitzt. In einzelnen Berufen beginnt man wohl neuerdings eine Änderung dieses Zustandes anzustreben, wobei man am weitesten dort kommt, wo man eine Anlehnung an die in Deutschland üblichen Methoden versucht.

Wie die Organisation, so ist auch die Aktionsmethode des Syndikalismus. Seine Kämpfe zeichnen sich durch Organisationslosigkeit aus, sie sind das, was man früher in Deutschland *»wilde Streiks«* nannte. Bei stark organisierten Unternehmerverbänden wie in Deutschland wäre diese Methode von vornherein zur absoluten Erfolglosigkeit ver-

urteilt. Aber auch in Frankreich sind die *dauernden* Erfolge überall dort ganz selten, wo die syndikalistische Methode in Reinkultur blüht. In Paris, dem Hauptsitz des Syndikalismus, sind die Arbeitsverhältnisse der meisten Berufe weit schlechter als in entsprechenden deutschen Städten, die Arbeitszeit unregelmäßig und der Zehnstundentag dominiert. Die Berichte deutscher Arbeiter aus Paris über die Zustände auf den Arbeitsplätzen lauten durchweg wenig befriedigend; auch die Solidarität der Arbeiter ist, eine Folge der schlechten Organisation, ungenügend.

Der Syndikalismus vertritt nun bezeichnenderweise die der deutschen entgegengesetzte Aktionsmethode. Er proklamiert die Ausdehnung der Kampfesfront an Stelle der vorsichtig abmessenden Taktik. Der Generalstreik ist für ihn die entscheidende Hauptwaffe, die sogar jede politisch-parlamentarische Tätigkeit überflüssig macht. Die Voraussetzung erfolgreicher Durchführung von Riesenkämpfen, die starke Organisation, fehlt dem Syndikalismus zwar, aber er hilft sich mit *einer Theorie* hierüber hinweg: der Theorie der *aktions-freudigen Minderheit*. Was uns eine Schwäche ist, wird ihm mit Hilfe dieser Theorie zu einer Stärke. Er will die Massen nicht, sondern die revolutionäre Elite genügt ihm, mit deren Hilfe er die großen Massen in den Tagen der Aktion mitreißen will.

Es bedarf keiner ausführlichen Darlegung der Gründe, die den Syndikalismus für die Arbeiterklasse in modernen kapitalistischen Staaten unannehmbar machen. Wo das Unternehmertum über starke Organisationen verfügt, die selbst die Taktik der ausgedehnten Kampfesfront befolgen, wird der Syndikalismus zu einer gefährlichen Spielerei, die der Arbeiterschaft unermesslichen Schaden, aber keinen Nutzen zu bringen vermag. Auch das Organisationsprinzip der lokalen Autonomie ist unter diesen Verhältnissen unanwendbar. Hier bedarf es starker Zentralorganisationen, die die Einsetzung der gesetzlichen Kraft an den Stellen verbürgen, *wo der Gegner am leichtesten zu überwinden ist*. Dagegen ist in den letzten Jahren in England eine Kombination syndikalistischer Massenaktion mit zentraler Organisationsform praktiziert worden, ein Verfahren, dem in seinen Konsequenzen nachzugehen sich auch für den deutschen Gewerkschafter lohnt. Im zweiten Artikel werden wir diese Methode einer Besprechung unterziehen.

Zur tariflichen Lage im Buchdruckgewerbe.

Die Entwicklung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe ist ihrer weitreichenden Bedeutung wegen seit vielen Jahren der Gegenstand regen Interesses der Gewerkschaften, weshalb es geboten erscheint, den jüngsten Ereignissen in diesem Gewerbe einige Aufmerksamkeit zu widmen, da hier Strömungen in die Erscheinung treten, die erkennen lassen, daß ein Teil der Unternehmer den auf friedlichen Vereinbarungen beruhenden Tarifverträgen keinen Geschmack mehr abzugewinnen vermag. Ganz besonders ist es das Buchdrucker-Unternehmertum am Herd der Scharfmacherei, im industriellen Rheinland und Westfalen, welches von den dortigen Scharfmachern gelernt hat und den Herrn-im-Hause-Standpunkt auch ins Buchdruckgewerbe zu verpflanzen bemüht ist.

Bereits die letzte Tarifrevision Ende vorigen Jahres ließ erkennen, daß im Lager der Unternehmer ein anderer Wind weht. Die besonders am Buchdruckgewerbe interessierten Gruppen — Verlagsbuchhandel und Zeitungsherausgeber — boten ihren ganzen Einfluß auf, um ein befriedigendes Entgegenkommen an die Gehilfenschaft zu verhindern, lieber wollte man diese Tarifgemeinschaft ganz beseitigt sehen. Seitens des Vereins der Zeitungsherausgeber waren alle Vorbereitungen getroffen, um für einen Streik gewappnet zu sein. Trotzdem gelang es der Gehilfenvertretung, die Absichten der kriegslustigen Interessentenkreise zu durchkreuzen und einen Tarifvertrag erneut zu vereinbaren. Auch die Vertreter der Unternehmer im Tarifauschuß scheuten vor der Verantwortlichkeit zurück, ein Kulturwerk zu vernichten, dessen soziale Bedeutung von der Wissenschaft sowohl als von den Arbeitern anerkannt und von der öffentlichen Meinung gebührend gewürdigt und zur Nachahmung empfohlen wurde.

Mit dem 1. Januar 1912 gelangte der neue Tarif, trotz aller Schwierigkeiten bei seinem Zustandekommen, ohne nennenswerte Opfer in ganz Deutschland zur Einführung. Man konnte also annehmen, die Unternehmer hätten sich mit den Tatsachen abgefunden und seine Durchführbarkeit anerkannt. Diese Auffassung traf jedoch nicht überall zu; eine Anzahl Firmen gab ihrem Mißmut gegen den neuen Tarif Ausdruck durch Entziehung früher gewährter Vergünstigungen, zu welchen der Tarif nicht verpflichtete, wie Ferien, kürzere Arbeitszeit usw.

Ein besonderes Verdienst um die Störung des gewerblichen Friedens im Buchdruckgewerbe hat sich der *»Arbeitsverbände für das Buchdruckgewerbe«* erworben, an dessen Spitze der ehemalige Prediger Zillesen steht, der aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen werden mußte, weil er das Koalitionsrecht der Gehilfen nicht respektierte. Dieser fromme Mann wirkt nun nach Kräften in seiner Organisation zur Bekämpfung der Tarifgemeinschaft und ruft in Petitionen die Regierung

an, damit sie das durch den Tarifvertrag gefährdete Koalitionsrecht schütze. Weil er nicht die Mitglieder des Buchdruckerverbandes lediglich wegen dieser Mitgliedschaft entlassen dürfte, sieht der gute Mann die Koalitionsfreiheit der Prinzipale gefährdet! In einer Petition an den Reichskanzler schildert Herr Zillesen die Wirkung der Bestimmung, daß wegen seiner Organisationszugehörigkeit kein Gehilfe entlassen werden darf, folgendermaßen:

„Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmungen ausschließlich dem sozialdemokratischen Gehilfenverbande zugute kommen, während sie das Ansehen und die freie Bewegung der Prinzipale in ungehöriger Weise herabdrücken, ihnen durch Staatsgesetzte verbürgte Rechte nehmen und sie in unwürdige und unerträgliche Abhängigkeit von dem sozialdemokratischen Gehilfenverbande bringen.“

Überhaupt ist durch den gegenwärtigen Tarif eine in jeder Hinsicht empörende Zwangslage für die Buchdruckereibesitzer, insonderheit die nationalgesinnten, geschaffen.

Um den gewünschten Eindruck hervorzurufen, wird der rote Lappen geschwungen, und um die Gefahr vom Deutschen Reiche fernzuhalten, wird nicht mehr verlangt, als daß der Reichskanzler direkt in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker eingreift. Es heißt da weiter in der Petition:

„Ew. Exzellenz wollen dem Tarifamt bezw. dem Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker zu verstehen geben, daß die Reichsregierung erwartet, daß bei dem nächsten Abschluß eines Tarifs die von der Reichsgewerbeordnung gewollte Koalitionsfreiheit in vollem Maße gewährt und der Allgemeincharakter des Tarifs nach allen Seiten hin streng durchgeführt wird, so daß jede mit diesem im Widerspruche stehende Begünstigung des sozialdemokratischen Gehilfenverbandes (s. §§ 83, 5; 86, 7; 89, 2; 91, 7) in Fortfall kommt. Wird solche Anforderung an das Tarifamt bezw. den Tarifausschuß gestellt, so wird damit der Anfang gemacht sein, daß die Tarifgemeinschaft wieder in heilsamere Bahnen gelenkt und der gegenwärtigen Machtvermehrung des sozialdemokratischen Verbandes ein Ende bereitet wird.“

Damit ist der Gipfel der Tollheit aber noch nicht erreicht. Die Petition des Arbeitgeberverbandes fordert schließlich nicht mehr, als das Buchdruckergewerbe gleich der Eisenbahn, der Post und der Telegraphie unter staatliche Aufsicht zu stellen, der Gehilfenschaft also das Streikrecht zu nehmen. Der Wunsch der Petenten klingt so aus:

„Ew. Exzellenz wollen hochgeneigtest in *ernste und sorgsame Erwägung* ziehen, ob nicht auch dem Buchdruckergewerbe als dem Vermittler des geistigen Verkehrs der gleiche staatliche Schutz zuteil werden kann wie denjenigen Betrieben, die zur Aufrechterhaltung des physischen Verkehrs dienen. Daß das Buchdruckergewerbe von gleich großer Bedeutung ist, steht außer Frage.“

Daß bei einer solchen Scharfmacherlei das ganze reaktionäre Unternehmertum im Gewerbe zu der Überzeugung gelangt, in der Tarifgemeinschaft der geschädigte und unterdrückte Teil zu sein, leuchtet ein. Die Hetze gegen die tarifliche Ordnung zeitigte denn auch bald die ersehnten Früchte. Die im Sommer stattgehabte General-Versammlung der Unternehmerorganisation, des Deutschen Buchdruckervereins, in Breslau sah sich gezwungen, der scharfmacherischen Richtung der Mitglieder einige Konzessionen zu machen, die dem gewerblichen Frieden nicht förderlich sein können. Trotzdem der eben zur Einführung gelangte neue Tarif eine fünfjährige Friedenszeit wiederum verbürgt, beschloß die Generalversammlung einen »Fonds für besondere Zwecke« (Umschreibung für Kampffonds) zu schaffen und außerdem jetzt schon in den einzelnen Tarifkreisen je eine Tarifkommission zu wählen, welche die Wünsche der Mitglieder zur nächsten Tarifrevision zusammenstellen sollen, um so die Mitwirkung aller Mitgliederkreise in der Tariffrage zu ermöglichen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese beiden von der Generalversammlung geschaffenen Einrichtungen für das Buchdruckergewerbe eine fortgesetzte Gefahr des gewerblichen Friedens in sich schließen. Der wöchentlich zur Erhebung gelangende »Fonds für besondere Zwecke« wird eine gewisse Kampf Stimmung erwecken und aufrechterhalten und die Arbeiten und Wünsche der Tarifkommissionen werden ebenfalls ihre Verwirklichung verlangen.

Die ganze gewerbliche Konstellation gab dem Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker Veranlassung, eine Gauvorsteherkonferenz einzuberufen und mit dieser die Situation zu besprechen. Das Resultat dieser Aussprache war ein Beschluß der Konferenz, den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins um Aufklärung darüber zu ersuchen, wohin der Kurs der Prinzipalsorganisation gehe bezw. wie ihr Verhalten zur Tarifgemeinschaft und zum Gehilfenverbande für die Zukunft gedacht sei.

Unterdessen hatte in Düsseldorf eine Versammlung des Kreises Rheinland-Westfalen des Deutschen Buchdruckervereins stattgefunden. In dieser Versammlung kam die ganze Unzufriedenheit der Scharfmacher jenes Kreises mit der Leitung ihrer Organisation zum Ausdruck. Es wurde mitgeteilt, daß für den Kreis Rheinland-Westfalen die bereits vorher beschlossene Vereinsgründung in die Wege geleitet und die Eintragung in das Vereinsregister

beantragt sei. Diese Vereinsbildung hat den Zweck, daß in dem Augenblick, wo der Kreis Rheinland-Westfalen sich genötigt sehe, aus dem Deutschen Buchdruckerverein auszutreten, die bisherigen Mitglieder des Kreises sofort dem neuen Verein beitreten können. Werden also die Wünsche der rheinländischen Prinzipale seitens ihrer Organisation nicht berücksichtigt, so geht der Kreis seine eigenen Wege.

Die bescheidenen Wünsche der Herren wurden durch Annahme nachstehender Resolution zum Ausdruck gebracht:

„Vor die Frage gestellt, ihren Mitgliedern zu empfehlen, beim Deutschen Buchdruckerverein zu bleiben oder sich von ihm zu trennen, beschließt die heutige außerordentliche Kreisversammlung des Kreises II, einstweilen eine abwartende Stellung einzunehmen unter folgenden Bedingungen:

1. Weitgehende Berücksichtigung der Anträge des Kreises II in der Tarifberatungskommission des Deutschen Buchdruckervereins;

2. Angemessene Berücksichtigung der berechtigten Forderungen des Gutenbergbundes und anderer entsprechender Organisationen;

3. Schärfere Betonung des Prinzipalstandpunktes in der »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker«;

4. Einstweilige Belassung der im Kreise II einkommenden Beträge zum Fonds für besondere Zwecke in den Händen des Kreisvorstandes — so lange, bis das Regulativ des Fonds feststeht und bis die Bedingungen unter 1, 2 und 3 in angemessener Weise erfüllt sind, spätestens bis 1. April 1913.“

Vorstehende Resolution zeigt die ganze Rücksichtslosigkeit der scharfmacherischen Gruppe. Obgleich die gestellten Bedingungen zum Teil erst bei Ablauf des Tarifs, also 1916, zur Erörterung gelangen können, will sie ihre Wünsche bereits im nächsten Jahr erfüllt sehen. Wie würde man wohl eine solche Vertragstreue bei den Gehilfen bezeichnen?

Ebenso brutal gingen die Herren aber auch gegen die Leitung ihrer eigenen Organisation vor. Um Klarheit über die Stimmung der ganzen Versammlung herbeizuführen, wurde über folgende Fragen abgestimmt:

1. Wer ist mit der Politik des Deutschen Buchdruckervereins vor, auf und nach der Hauptversammlung in Breslau nicht einverstanden?

(Diese Frage wurde von allen Anwesenden, mit Ausnahme eines Kollegen, bejaht.)

2. Wer ist bereit, falls diese Politik weiter befolgt wird, aus dem Deutschen Buchdruckerverein auszutreten?

(Die Frage wurde ebenfalls — mit Ausnahme von 2 Kollegen — bejaht.)

Deutlicher kann der Wunsch nach einer vollständigen Kursänderung wohl nicht zum Ausdruck gelangen und besser das Verlangen der Gehilfenvertretung nach Aufklärung darüber, was nun werden soll, nicht begründet werden. Auch die Öffentlichkeit beschäftigte sich mit den Quertreibereien der Rheinländer. In einer Besprechung des Rechnungsberichts des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker führt die »Berliner Volkszeitung« aus:

„Wir halten es für ein Verdienst des Geschäftsberichts, daß er diese dem Tarifgedanken schädlichen Quertreibereien einer Minderheit von Prinzipalen in die richtige Beleuchtung rückt. Es hat für die Tarifgemeinschaft keinen Zweck vor den Bedrohungen ihrer friedlichen Weiterentwicklung die Augen zu verschließen, zumal innerhalb der eigenen Reihen des Tarifverbandes eine Zerbröckelung eifrig betrieben wird.“

In Rheinland und Westfalen sind verschiedene Scharfmacher unter den Prinzipalen eifrig am Werke, das große Friedenswerk der Tarifgemeinschaft zu zerstören und den absoluten Herrenstandpunkt an die Stelle friedlicher Vereinbarungen zu setzen. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgöller bringt dafür in seiner neuesten Nummer (vom 15. Oktober) unanfechtbare, dokumentarisch belegte Beweise bei. Wenn die scharfmacherischen Fanatiker des Westens ihre Kurzsichtigkeit und unsoziale Sonderpolitik gegen die bestehende Tarifgemeinschaft mit derselben Rücksichtslosigkeit weiter betreiben, so ist eine Abspaltung dieser ruhestörenden Elemente des Kreises II unvermeidlich.

Im Interesse der Hochhaltung und Wahrung des von den rheinisch-westfälischen Unruhestiftern bedrohten Tarifgedankens liegt es, daß das Tarifamt im Sinne aller tariftreuen Prinzipale sich vor diesen inneren Feinden der großen Organisation energisch schützt, ehe die tariffeindliche Bewegung mehr um sich greift und ein Werk ernstlich gefährdet, an dem in jahrelanger aufopfernder Tätigkeit die besten Männer des Faches aus der Prinzipals- und Gehilfenschaft zum Segen des Gewerbes erfolgreich und vorbildlich gearbeitet haben.

Die Angriffe des Kreises Rheinland-Westfalen gegen die Leitung des deutschen Buchdruckervereins, sowie das Verlangen der Gehilfenvertretung nach Klarheit über die Lage haben nunmehr auch dem Vorstand der Unternehmerorganisation Veranlassung, eine außerordentliche Sitzung der über ganz Deutschland zerstreut wohnenden Vorstandsmitglieder nach Leipzig einzuberufen; an dieser Verhandlung nahmen auch die Tarifvertreter der Prinzipale teil. — Schlussfolgerungen über die Verhandlungen lassen sich nur aus den bekannt-

gegebenen Resultaten ziehen. Da ergibt sich nun aus den in der »Zeitschrift«, Organ des Deutschen Buchdruckervereins, veröffentlichten kurzen Mitteilungen, daß die Vertreter des Kreises Rheinland-Westfalen zu der Erklärung sich gezwungen sahen, daß sie mit ihrem Vorgehen den Prinzipalsvertretern im Tarifausschuß nicht den Vorwurf machen wollten, die Interessen der Unternehmer nicht genügend vertreten zu haben. — Schwieriger scheint die Verhandlung über die der Gehilfenschaft zu gebende Antwort gewesen zu sein, sie währte fast drei Tage.

Am 24. Oktober trat dann eine Vertretung des Gehilfenverbandes mit einer solchen des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig zusammen, um nach näherer Begründung der Ursache ihres Herantretens an den Deutschen Buchdruckerverein seitens dessen Vertretung folgende Erklärung entgegenzunehmen:

Eine Änderung in der Tarifpolitik sei vom Deutschen Buchdruckerverein nicht beabsichtigt. Große Unzufriedenheit über den zuletzt abgeschlossenen Tarif herrsche nicht nur bei den Prinzipalen des Kreises II. Mit den Mitgliedern des genannten Kreises sei es zu bedauerlichen Mißverständnissen gekommen, weil über die Beschlüsse der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins, namentlich über den Fonds für besondere Zwecke, durch das Vereinsorgan so wenig in die Öffentlichkeit gekommen sei. Es bestehe das ernste Bestreben bei der Prinzipalität, mit der Gehilfenschaft friedlich zusammenzuarbeiten. Mit dem Kreis II sei eine vollständige Einigung erzielt; derselbe trenne sich nicht vom Deutschen Buchdruckerverein. Man habe sich jedoch auf nachstehende Punkte als künftig zu stellende Forderungen bei der Tarifrevision geeinigt, für welche die Prinzipalsvertretung einmütig eintreten würde:

„Der Tarifberatungsausschuß soll prüfen, ob der Tarif vereinfacht werden kann und ob zu diesem Zwecke einzelne Bestimmungen des Tarifs entfernt oder vereinfacht werden können.“

Es soll untersucht werden, ob die Verhältnisse der Provinz gegenüber der Großstadt und umgekehrt im Tarif genügend gewürdigt sind, wobei einige von den Vertretern des Kreises II vorgetragene Beispiele als verbesserungsbedürftig anerkannt werden, und es sollen entsprechende Abänderungsanträge vorbereitet werden.

Den immer weitergehenden Forderungen der Gehilfenschaft auf Verkürzung der Arbeitszeit soll in nachhaltiger Weise entgegengetreten werden.

Es soll eine größere Bewegungsfreiheit innerhalb der tariflich begrenzten Arbeitszeit angestrebt werden.

Der Standpunkt der Prinzipals-Tarifkreisvertreter, wie er beim Abschluß des letzten Tarifs bezüglich der Kündigungsfristen eingenommen worden ist, soll weiter verfolgt werden.

Die Freiheit in der Ausnutzung der technischen Hilfsmittel und technischen Fortschritte soll bei Anerkennung humaner Grundsätze nicht eingeengt sein.

Der deutsche Buchdruckerverein hat darüber zu wachen, das die auf Grund der mit ihm geschlossenen Verträge zugesicherte Neutralität der Organisationen nicht verletzt wird.

Der von den Prinzipalsvertretern gelegentlich der letzten Tarifberatung eingenommene Standpunkt, daß dem Gutenbergbund Sitz und Stimme im Tarifausschuß zu gewähren ist, soll auch für die Folge festgehalten und nachdrücklich vertreten werden.

Selbst der Gehilfenvertretung wurde zur Kenntnis genommen, daß das friedliche Verhältnis zur Gehilfenschaft aufrechterhalten werden soll und die aufgestellten Punkte als Abänderungsanträge erst bei der nächsten Tarifberatung eingebracht werden und der Tarifausschuß dann darüber zu entscheiden habe. — Dem wurde seitens der Prinzipalsvertretung zugestimmt.

Die Situation ist nunmehr dahin geklärt, daß die rheinischen Prinzipale ihre Forderung, bereits im nächsten Jahre ihre Wünsche auf Abänderung des Tarifs befriedigt zu sehen, zurückgezogen haben und sich damit begnügen, daß nach Ablauf des Tarifs der Tarifausschuß darüber entscheidet; im übrigen will man gemeinsam mit der gesamten im Deutschen Buchdruckerverein vereinigten Prinzipalität friedlich mit der Gehilfenschaft weiterwirken.

Damit könnten wir nun unser »Situationsbild« schließen. Zuvor empfiehlt es sich jedoch, einige kleine Nutzenwendungen aus den geschilderten Vorkommnissen zu ziehen. Wenn man sich der Kämpfe in Arbeiterkreisen über den Wert der Tarifverträge erinnert und jetzt sieht, wie es gerade die Unternehmer sind, welche die Tarifverträge als eine unangenehme Fessel empfinden, so spricht das wohl am besten für die Bedeutung der Verträge. Andererseits zeigt aber auch das Vorgehen scharfmacherischer Unternehmer, in welchem Lager die Friedensstörer sitzen und welche Bedeutung dem Gerede von den aufgehetzten ruhestörenden Arbeitern beizumessen ist. Im Buchdruckergewerbe ist die Tarifgemeinschaft zu tief eingewurzelt und die Zahl der Anhänger derselben noch eine zu große, daß der Versuch, in andere Bahnen zu drängen, nicht ohne weiteres erfolgreich war. Trotzdem erscheint es auch hier nicht ausgeschlossen, daß einmal eine andere Richtung die Oberhand gewinnt. Aufgabe der Gehilfenschaft muß es sein, von den Ereignissen sich nicht überraschen zu lassen.

—b— in »Korrespondenzblatt«.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Lage der Ansichtspostkarten-Fabrikation.

In Nr. 84 der »Papierzeitung« erschien unter dieser Überschrift ein Artikel von Hans Rußler-Darmstadt, worin die Verhältnisse im Postkartengewerbe vom Standpunkt eines einsichtigen Prinzipals aus schonungslos beleuchtet werden. Da der Artikel auch für die Gehilfenschaft von großem Interesse ist, haben wir von der Redaktion der »Papierzeitung« und vom Verfasser die Erlaubnis zur Übernahme nachgesucht, die uns in dankenswerter Weise erteilt wurde. Wir bringen den Artikel mit einigen Ergänzungen, die der Verfasser für den Abdruck seiner Arbeit im »Deutschen Steindruckgewerbe« vorgenommen hat und für die er uns ebenfalls die Nachdrucklaubnis erteilte. Im Anschluß an den Artikel veröffentlichen wir eine Zuschrift des Kollegen Czoch, der jahrelang in der Postkartenfabrikation tätig war und über die Ausführungen des Herrn Rußler auf Grund eigener Erfahrungen vom Standpunkt der Gehilfenschaft aus ergänzt und wirksam unterstreicht. Die Redaktion.

Wenn man die heutige Lage unseres im Weltmarkt doch ziemlich bedeutenden Ansichtspostkartengewerbes vorurteilsfrei betrachtet, so muß sich jedem einigermaßen rechnenden Fachmann die Gewißheit aufdrängen, daß es auf diesen Bahnen unter keinen Umständen noch lange weiter gehen kann.

So groß der Aufschwung ist, den die Postkarten-Industrie in den letzten drei Jahrzehnten genommen hat, so beängstigend sind die Kennzeichen des gesamten heutigen Marktes.

Preisschleuderei und Preisdrückerei fast auf allen Linien, sowie durchaus unangebrachte uferlose Überzeugung sind die Hauptmerkmale der gegenwärtigen Geschäftslage und machen sich überall bei den Geschäftsabschlüssen in erschreckender Weise geltend.

Einige wenige Anstalten bilden ja mit ihrer Erzeugung eine rühmliche Ausnahme, aber diese ist mehr auf das Genregeschäft beschränkt, welcher Geschäftsweig allmählich eine viel gestündere Grundlage durch Preis- und Verkaufsvereinigungen sowie durch vernünftige Regelung der Erzeugung erhalten hat.

Anders bei der eigentlichen Ansichtskarte und mit wenigen Ausnahmen auch bei den Drucksachen für Handel und Gewerbe (Reklame-Bildertafeln, Plakate, Affichen, Kataloge, Etiketten usw.). Der leidige Hunger nach Maschinenfutter will eben jedes Geschäft an sich reißen und wirft jede vernünftige Berechnung über den Haufen. »Die Konkurrenz macht, folglich mußt du es auch können« und es wird solange herumgerechnet und an den einzelnen Positionen abgezwickelt, bis man auf den als Grenze gesetzten Preis des Mitbewerbers kommt. Verdienst? Den herauszufuteln ist ein Rechenkunststück, die Übung lehrt.

In anderen Gewerben ist es und auch bei uns war es früher Brauch, daß technische Neuerungen und Betriebseinsparungen dem Geschäftsverdienst zugute kamen, während heute fast jede Anstalt ängstlich darauf bedacht ist, nur mit möglichst wenig Unkosten zu fabrizieren, nicht vielleicht, um dadurch etwas höheren Gewinn herauszuschlagen, sondern um vielmehr die Preise zu drücken, und jede neue Ausführung gibt nur Anlaß, den Preis der Konkurrenz gegenüber wiederum billiger stellen zu können, statt den Verdienst hierfür in die eigene Tasche zu stecken.

Man betrachte nur, soweit es möglich ist, die Bilanzen der meisten auf Anfertigung eingerichteten Anstalten. Die Verdienste schwinden mehr und mehr und die Anstalten mit. Alte angesehene und gewiß eingearbeitete Firmen sehen sich veranlaßt, den Betrieb einzustellen oder einzelne Abteilungen ganz oder teilweise stillzulegen, trotz äußerst zweckmäßigen Betriebes und bei fast vollständig abgeschriebener Einrichtung, weil sie trotzdem beim Betrieb Geld zusetzen. Dessen ungeachtet tauchen hier und dort neue Firmen auf, die sich imstande fühlen, noch billiger zu arbeiten.

Früher gal die Ansichtskarte noch für ein kleines Kunstwerk, und gerne wurden überall 10 Pf. und mehr dafür bezahlt, heute aber:

6—8 Stück zum Aussuchen 10 Pf. 100 Stück, bestens sortiert, »neueste Dessins«, für 95 Pf.

Wo bleibt da das letzte bisschen des künstlerischen Nimbus von früher? Dabei hängt eine ziemliche Summe von Arbeit und Kunst an jeder Karte. Anfertigungspreise hört man gegenwärtig, daß man an jeder vernünftigen Preisberechnung zweifeln muß, und immer wieder findet sich der eine oder der andere, der es noch billiger fertig bringt.

Dabei sind nur in seltenen Fällen die Verleger und Großverbraucher die Schuldigen, denn diese bekommen durch die Drucker die Preise von allein unterboten und brauchen gar nicht erst oder gar nicht viel zu drücken.

Neben dem Preisrückgang und als dessen notwendige Begleiterscheinung eine unsinnige Überzeugung. »Massen-Auflagen« ist heute das Schlagwort, denn nur dadurch kann man ja billig liefern. Jeder Reisende und Verkäufer sucht seinen Abnehmer zu einer möglichst hohen Auflage zu überreden, damit ja recht billig gedruckt und gekauft werden kann. Das leuchtet ein, es wird bestellt, gedruckt und geliefert, vor allem wenigstens die vereinbarte erste Teilsendung. Jetzt aber bemerkt der Besteller beim Verkauf, daß von den meisten Mustern doch etwas zu viel bestellt wurde, da es schon Mühe kostet, die erste Lieferung unterzubringen. Was soll nun mit dem Rest geschehen? Der Besteller sucht sich unter allen möglichen Vorwänden von der weiteren Abnahme zu drücken, und wer sucht, der findet immer was zum Aussetzen usw.! Das Ergebnis: unangenehme Briefe, Schikane, Klage, Prozeß — Ramsch auf der einen oder anderen Seite, und das ist wohl einer der größten Schäden des Marktes. Der Markt kann sich niemals beruhigen und erholen, immer wieder werden sogenannte Rest- und Ausverkaufspartien — meist noch ziemlich und sogar gut gangbare Ware — hingeworfen, nur damit sie rasch zu Geld gemacht werden, und deshalb wird schließlich jedes Angebot angenommen. Solange hier nicht Änderung und Besserung geschaffen wird, ist an Gesundung des Geschäfts nicht zu denken.

Der einzige Weg aber hierzu ist eine vernünftige Regelung des Preises und der Erzeugung. Nicht nur der Drucker hat hiervon den Vorteil, sondern namentlich auch der Verleger kann mit Ruhe den Markt überblicken und seine Aufträge den Bedürfnissen anpassen, ohne fürchten zu müssen, daß ihm in gleich guter Ware Schleuderkonkurrenz gemacht werden kann. Er weiß dann, daß er für gutes Geld auch gute Ware bekommt, denn jetzt wird die Güte ausschlaggebend.

Wir haben in den Konventionen der verschiedenen Geschäftszweige gute Beispiele und auch im graphischen Gewerbe haben Bromsilber und Chromo einen guten Anfang gemacht. Man sucht in gutem Einvernehmen mit den Hauptverbrauchern durch gesunde, für beide Teile erträgliche Preisgrundlage Ruhe in den Markt zu bringen, und wenn auch nach unten hin Bezugsgrenzen gezogen sind, so fehlt doch die beunruhigende Möglichkeit, daß billige Partien in großen Mengen auf den Markt gelangen.

Im Lichtdruckgewerbe ist ein von mir vor kurzem mit großem Aufwand an Arbeit und Zeit angeregter und ziemlich ins Rollen gebrachter Zusammenschluß zu einer wenigstens einigermaßen vernünftigen Preisregelung im letzten Augenblick gescheitert. Warum? Kurzsichtigkeit und allzugroße Einseitigkeit auf der einen, stetes Mißtrauen und kleinliches Festhalten an persönlichen Vorteilen auf der anderen Seite. Und gerade im Lichtdruck wäre neben dem Steindruck Gesundung zu allererst am Platze, denn durch die Preis- und Geschäfts-Politik verschiedener Anstalten ist gerade hier dem Großhändler und Großverleger alle Lust genommen, sich noch viel mit dieser Ausführung zu befassen, nachdem jeder seiner kleinen Abnehmer, ja selbst der unbedeutendste Gelegenheitshändler und Hausierer, bei direkter

Lieferung durch die Druckereien fast den gleichen Preis genießt wie er, der Großverbraucher. Überall gibt es Großhandels- und Kleinhandelspreise, aber im Lichtdruck kann z. B. jeder Verein, jeder Artist usw. seine 1000 Karten, die er braucht, genau so billig beziehen wie der Großhändler, ja er kann sogar 500er, 200er und 100er Auflagen bekommen.

Leider ist wenig Aussicht auf Besserung vorhanden, obgleich es bei einigem guten Willen leicht möglich wäre, die Ansichtspostkarte und damit die ganze Industrie wieder in die Höhe zu bringen. Der Zwischenhandel läßt sich nicht ausschalten und ist auch zur Regelung zwischen Angebot und Nachfrage notwendig, aber dann muß besonders er durch gesunde Preise und Preis-Staffelung geschützt und unterstützt werden, damit er als steuerzahlender Geschäftsmann den Kampf mit den Gelegenheitshändlern aufnehmen kann und es nicht vorkommt, daß durch Postkartentage und durch von hohen und höchsten Fürslichkeiten veranstaltete Postkarten-Wochen usw. der eigentliche Markt auf Tage und Wochen lahmgelegt und geschädigt wird. Für den einzelnen Drucker sind dies gewiß gute Geschäfte, aber sie schaden der Allgemeinheit.

Vorläufig wird ruhig weiter gewurstelt, der Markt wird nur immer noch mehr überschwemmt und die Preise nur noch mehr unterboten, und sind sie einmal heruntergedrückt, so ist es sehr schwer, bessere Preise aufzuholen.

Wohin soll das noch führen?

Jeder will eben heutzutage alles machen. »Die Konkurrenz liefert zu dem und dem Preis, wenn die's kann, nun dann kann ich auch noch 5—10 v. H. billiger sein als sie, der Auftrag muß herein.«

Videant consules!

Hans Rußler, Darmstadt.

Es ist erfreulich, daß ein Unternehmer sich gefunden hat, der das gewerbeschädigende Gebaren seiner Herren Kollegen einmal öffentlich beleuchtet. Ein jeder Satz ist für die Unternehmer ein wohlverdienter Peitschenschlag. Ich sage: ein wohlverdienter, weil ich aus eigener Erfahrung weiß, daß ähnliche Versuche, wie ihn Herr Rußler für die Lichtdruckbranche vor kurzem unternommen hat, bereits vor reichlich 7 Jahren von anderer Seite und auch später wiederholt in Angriff genommen wurden; aber immer mit negativem Erfolg. Für die Unternehmer der Ansichtspostkarten-Industrie scheint nichts unmöglicher zu sein, als den Weg der gegenseitigen Verständigung zu beschreiten. Sie alle scheinen dem manchesterlichen Grundsatz vom freien Spiel der Kräfte zu huldigen und selbst dann noch, wenn die gesamte Branche zum Teufel geht. Jeder ist bemüht, die Konkurrenz zu schlagen; aber nicht etwa durch Qualitätsarbeit, sondern durch Unterbietung im Preise.

Ob die Ermahnungen des Herrn Rußler auf fruchtbaren Boden fallen und unsere Unternehmer zur Besinnung bringen, möchte ich bezweifeln, auf Grund meiner persönlichen Erfahrung. Ich glaube, es ist zu spät; es ist bereits zu viel gesündigt worden, so daß mir eine Gesundung ausgeschlossen erscheint. Als 1901/1902 der Export der Autochrom-Postkarte nach Nordamerika begann, haben unsere Unternehmer ohne jeden Grund sich gegenseitig im Preise unterboten. Und wenn man bedenkt, daß wir keine amerikanische Industrie als Konkurrenten zu fürchten hatten und damals nur wenige Firmen für den Export in Frage kamen, so ist das Verhalten der Exportfirmen geradezu unverständlich. Dieses trifft nicht nur auf die Autochrom-, sondern auch auf die Lichtdruckpostkarte zu.

Unterzeichneter hatte 1905 mit dem inzwischen verstorbenen Kollegen Obler eine Verhandlung mit einer der größten Postkartenfirmen Leipzigs zu führen wegen versuchter Kürzung der Akkordpreise bei den Lithographen. Auf Kosten der Lithographen wollte die Firma

der Preisunterbietung der Konkurrenz begegnen und sich auf dem Markte halten. Nach dieser Richtung haben unsere Leipziger Kollegen mit den Jahren unzählige Kämpfe mit den Unternehmern führen müssen und sie haben ihren Mann gestanden. Als die genannte Firma den geschlossenen Widerstand ihrer Lithographen gegen die beabsichtigte Preisreduktion merkte, warf sie die Frage auf, ob es nicht möglich sei, gemeinsam die sich immermehr breitmachende Schmutzkonkurrenz zu bekämpfen.

Wir als Gehilfenvertreter waren der Meinung, daß es möglich sein würde, die Exportfirmen zu einem solchen Schritte zu bewegen. Damals sollten nach Aussage des betreffenden Fabrikanten ganze 26 Firmen in Deutschland in Frage kommen, und bei dieser geringen Zahl hielten wir eine Verständigung für nicht unmöglich. Die Firma wünschte, daß auch mein damaliger Chef als »Vater der Autochrom-Postkarte« die nach dieser Richtung hin notwendigen einleitenden Maßnahmen mit unterstütze und seine Autorität mit in die Waagschale werfe; nur wenn er sich mit ins Mittel lege, sei Aussicht auf Erfolg vorhanden und würden sich die anderen Unternehmer eventuell anschließen. Da beide Unternehmer infolge geschäftlicher Vorgänge nicht gut aufeinander zu sprechen waren, sollte ich den Vermittler spielen, und da ich in meiner Firma eine kleine Vertrauensstellung einnahm, auch die geeignete Person dazu sein, die feindlichen Brüder in dieser für beide wichtigen Frage zusammenzuführen. Da nach meiner Kenntnis mein Chef für seine Produkte damals wohl die höchsten Preise verlangte und unter dem Preisdruck seiner Konkurrenten schwer zu leiden hatte, glaubte ich, annehmen zu dürfen, daß er bereit sein würde, mit zu helfen, dem Gewerbe eine gesunde Grundlage zu schaffen. Trotzdem ich alle Gründe, die für die Notwendigkeit dieses Schrittes sprachen, anführte, konnte ich ihn aber nicht bewegen, mitzumachen. Er hielt mir die Sündenregister seiner sämtlichen Konkurrenten vor Augen und meinte, daß er nach deren bisherigem Verhalten kein Vertrauen zu diesen Herren habe und sich mit ihnen nicht auf eine Bank setze. Ich muß gestehen, daß ich sein Verhalten wohl verstehen aber trotzdem nicht für richtig finden konnte. Und so scheiterte der damalige Versuch gleich am Anfang. Auch spätere Versuche, gleichviel von welcher Seite sie unternommen wurden, hatten das gleiche negative Resultat, weil das gegenseitige Vertrauen bei den Unternehmern fehlte. Und so ist es noch heute.

Und durch welche Maßnahmen wird das Gewerbe oft geschädigt! Als die Autochrom-Postkarte die Gravur-Postkarte mit den drei Photographietönen verdrängt, hat eine große Leipziger Anstalt 1000 Stück solcher Gravur-Postkarten für 1,70 Mark verkauft, um diese Ladenhüter loszuwerden. Der Erfolg war, daß man in den Leipziger Warenhäusern 10 Stück für 10 Pfg. kaufen konnte. So wurde der Markt mit der alten Ware überschwemmt und der Absatz der neueren Erzeugnisse erschwert. Und das Gleiche geschieht heute noch. Wir haben in Berlin einen Händler, der Restbestände von alten Gratulations- und auch Postkarten in den Druckereien zu einem billigen Preise aufkauft und sie in Kartons mit 100 Stück und einer »goldenen« amerikanischen Uhr als Zugabe für 6 Mark in der Provinz wieder verkauft. Der Mann soll ein gutes Geschäft machen, so daß bei ihm ständig mehrere Mädchen mit dem Versand beschäftigt werden. Auch eine Berliner Lohndruckerei soll für diesen Händler drucken; es werden im Auflagedruck 2 bis 3 Farben fortgelassen, um ein recht billiges Erzeugnis herzustellen.

So hebt man das Gewerbe! Durch gegenseitige Unterbietung haben die Unternehmer den Weltmarkt versaut, und das Ausland zu energischen Maßnahmen zum Schutze seiner Industrie gezwungen. Durch Schmutzkonkurrenz sind die Unternehmer auf dem besten Wege, auch den heimischen Markt zu verderben, und

das alles, weil sie den Weg der gegenseitigen Verständigung nicht finden können.

Hier böte sich für den Schutzverband unserer Unternehmer ein weites Betätigungsfeld. Auf diesem Gebiete könnte er sich als wirklicher Schutzverband zur Herbeiführung gesunder Verhältnisse im Gewerbe betätigen und seine Kraft nützlich verwenden. Allerdings, man hat sich ja andere wichtigere Aufgaben gestellt. Es gilt, die Gehilfenorganisation zu vernichten; das ist wichtiger, als die himmelstreichenden Mißstände im Gewerbe zu bekämpfen! Und deshalb glaube ich, daß die wohlmeinenden Worte des Herrn Rüdler bei unseren Unternehmern keinen Widerhall finden werden zum Schaden des Gewerbes und seiner Angehörigen.

Alex. Czsch

Tut eure Pflicht!

Das Streben nach vorwärts entspringt nicht nur einem frommen Wunsche, sondern einem energischen Bedürfnis. Wie die Entwicklung nicht rückwärts, sondern vorwärts schreitet, so auch die ganze Menschheit, die immer höhere Kulturstufen zu erklimmen versucht. Auch die Arbeiterklasse will an diesem Vorwärtsschreiten Anteil nehmen. Energisch hat sie an dieser großen Aufgabe seit Jahrzehnten gearbeitet, und sie wird sie zu lösen wissen, zu Nutz und Frommen ihrer selbst.

Als Mittel zur Verfolgung und Erreichung ihres Ziels schuf sie sich ihre Organisationen, schloß sie sich zusammen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und Wahlvereine sind gleichwertige und gleichwichtige Faktoren in dem kulturellen Ringen der Arbeiterklasse für den Fortschritt und für die Höherentwicklung. Sie stehen heute fest und unerschütterlich da. Aber gewaltige Arbeit und treue Pflichterfüllung der in diesen Organisationen Zusammengekommenen war notwendig, um die Ideen der Schöpfer des Arbeiterzusammenschlusses zu verwirklichen und diesen Zusammenschluß zu der Macht werden zu lassen, die er heute darstellt.

Aber viel Arbeit bleibt noch zu leisten! Denn viele Arbeiter stehen den selbstgeschaffenen Organisationen ihrer Klasse noch fern; viele andere wurden zwar gewonnen, aber sie sind lässig in der Förderung der großen Aufgaben, die es zu erfüllen gilt. So ist es auch in unserem Beruf. Nicht ruhen noch rasten, sondern kämpfen und mitarbeiten, das müßte die Losung jedes einzelnen Kollegen sein! Denn nur der hat Rechte, der seine Pflichten erfüllt. Wir alle müssen Hand anlegen, um die Lage unseres Berufs zu heben und zu verbessern. Nur wenn wir das Lenken unserer Geschicke selbst tatkräftig in die Hand nehmen, wird es zu unserm Besten sein. Wer seine Pflicht im Kampf ums Dasein erfüllt, hat das Recht zu leben. Und nur wer gesät hat, darf auch ernten. Ohne Kampf kein Leben! Der Kampf um's Dasein erfordert Kämpfer!

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,
Der täglich sie erobern muß!

So soll und muß es auch in unserer Gewerkschaft sein. Länger als ein Menschenalter kämpfen die Gewerkschaften einen schweren und harten Kampf. Und nach mancher Niederlage haben sie sich durchgesetzt und schöne Siege errungen. Heute bilden sie eine Macht im wirtschaftlichen Leben. Aber auch die Unternehmer haben sich zusammengeschlossen. Gewaltige Organisationen stehen sich gegenüber. Und wie im natürlichen Leben der Schwache dem Stärkeren unterliegt, so auch in den Organisationskämpfen. Daher müssen wir darauf bedacht sein, unsere Gewerkschaften stark und widerstandsfähig zu erhalten. Neue Kämpfer müssen gewonnen und alle Gewerkschaftsmitglieder müssen geschult und mit geistigem Rüstzeug versehen werden. In dieser Richtung kann jeder einsichtsvolle Kollege wirken.

Leider ist aber oft zu beobachten, daß der, der seine Schuldigkeit tut, Indifferente wirbt und mit dazu beiträgt, durch Erziehung die Interessellosen aufzumuntern und zu schulen, grade von diesen Indifferenten und Interessellosen der streberhaften Überhebung geziehen wird. Trotz alledem ruhig weiter zu wirken muß demgegenüber unsere Aufgabe sein. Wer hat nicht schon für seine Tätigkeit, auch wenn sie den edelsten Motiven entspringt, Undank geerntet? Wessen Person wurde nicht schon mit Schmutz beworfen, wenn er sich öffentlich in Dienste der Allgemeinheit betätigte? Opfer fallen! Ohne Opfer kein Vorwärtsschreiten! Darum verzagt weiter zu arbeiten im schweren Kampfe gegen Unvernunft und Lauheit, das sei die Losung aller Kämpfenden trotz alledem!

Und was vom wirtschaftlichen Kampfe gilt, das gilt auch vom politischen. Unsere Kollegen, die gewerkschaftlich prozentual mit am stärksten organisiert sind, sollten auch in den politischen Organisationen in den vorderen Reihen zu finden sein. Aber hier fehlt es doch noch weit! Wie niedrig ist noch die Zahl der politisch organisierten aus unsern Kollegenkreisen!

Nicht einmal die politische Arbeiterpresse findet die ihr gebührende Beachtung. Im Gegenteil: Blätter

gegnerischer Natur finden noch massenhaft Unterstützung in unserer Kollegschaft. Man geniert sich, ein Arbeiterblatt zu halten, weil man sich gern als »etwas Besseres« aufspielen möchte. Und in der Nachahfung des Verhaltens »höherer« Gesellschaftsschichten leisten manche Kollegen Außergewöhnliches. Allerlei Oberflächlichkeiten und Außerlichkeiten nachzuahmen scheint für viele Einsichtslose Lebensart zu sein.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ist unsere Lage so glänzend? Nr. 40 der »Gr. Pr.«, in der Kollege A. C. wahre Elendsbilder aus unserm Beruf zu berichten weiß, gibt die Antwort darauf. Hand auf's Herz, Kollegen! Berechtigt uns unser etwas besseres Arbeitskleid, uns mehr zu dünken als andere Lohnarbeiter? Leiden wir nicht wie die gesamte Arbeiterklasse unter wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Knechtung? Müssen wir daher nicht mit allen Arbeitsbrüdern gemeinsame Sache machen und auch in der politischen Arena Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen?

Schaut um euch! Viele Kollegen wurden vom erlernten Beruf abgestoßen und müssen als ungelernete Arbeiter in irgend einem anderen Gewerbe ihr Dasein fristen, weil ihnen unser Beruf keine Existenzmöglichkeit mehr bot. Was bleibt angesichts dieser Tatsache allein noch alles für die Gesundung unseres Berufs zu tun! Darum mehr Klassenbewußtsein! Aufgewacht! Werdet Kämpfer, tut eure Pflicht!

Wir werden aber erst dann die gewerkschaftliche Arbeit für die Hebung der Berufsfrage erfolgreich gestalten, wenn wir auch in der politischen Bewegung unsern Mann stehen. Darum hinein in die Partei der Unterdrückten! Werbet neue Anhänger und werdet selbst unerschrockene Kämpfer für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung. Einigkeit macht stark! Tue jeder seine Pflicht!

E. S.

Aus unserer Berufsinternationale.

Extrabulletin des internationalen Sekretariats der Lithographen, Steindruckern u. verw. Berufe.

Aus Paris wird uns geklagt, daß nach Frankreich vielfach Kollegen zureisen, ohne vorher Erkundigungen einzuholen. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß jeder nach Frankreich reisende Kollege vorher die nötigen Erkundigungen bei dem Vorsitzenden in Paris einholen muß. Adresse: Federation Lithographique, Bourse du Travail, Rue de Chateaux d' Eau, Paris X, 3. (Dies gilt natürlich auch für alle anderen Länder, die dem internationalen Sekretariat angehören.)

Unsere schweizerische Organisation hat mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem kein Kollege ohne Innehaltung der Kündigungszeit seine Stellung verlassen darf. Es ist jedoch wiederholt vorgekommen, daß Kollegen ohne Innehaltung der Kündigung ihre Stellung verlassen und damit Tarifbruch begangen haben. In der Schweiz erfolgt deshalb Ausschluss aus der Organisation, was auch bindend für alle anderen, unsern internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisationen ist. Wir machen daher auf diesen Umstand aufmerksam und ersuchen die Verwaltungen bei jeder Zureise von Kollegen aus der Schweiz darauf zu achten, daß der Zureisende im Besitz einer internationalen Reisekarte ist. Hat der Zureisende eine Karte nicht, so darf ihm weder eine Reisekarte noch Reiseunterstützung gegeben werden. Ebenso bitten wir, in solchen Fällen in der Schweiz Nachfrage zu halten, weshalb der Kollege abgereist ist. Mitglieder, die aus der Schweiz zureisen, ohne ihr letztes Arbeitsverhältnis unter ordnungsgemäßer Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist aufzugeben zu haben und deshalb in der Schweiz ausgeschlossen wurden, können somit in dem Lande der Zureise nicht aufgenommen werden, weil sie tarif- und kontraktbrüchig geworden sind. Dieses bitten wir strengstens zu beachten.

Internationales Sekretariat I. A.: O. Sillier.

Ortsberichte.

Pforzheim. In der Versammlung vom 2. November hielt unser Gauleiter Kollege Krieg aus Karlsruhe auf Wunsch der Kollegen einen interessanten Vortrag über »Die antike und die moderne Sklaverei«, der mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Von der Urzeit des Menschen ausgehend schilderte der Referent die Entstehung des Kapitalismus, den Drang der Arbeiter nach besseren Verhältnissen und die daraus hervorgegangene Organisierung der Massen. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seinen Vortrag und forderte die Kollegen auf, immer vorwärts zu streben und die Interessen des Verbandes mit allen Kräften zu fördern, denn nur vereint sei eine erfolgreiche Tätigkeit im Gau und in unsern gesamten Organisation möglich. Sodann wurden noch einige Tariffragen zur Diskussion gestellt, die eine sehr rege Aussprache zur Folge hatten. Die Kollegen waren von dem Gehörten sehr befriedigt und es wäre nur zu wünschen, daß das Interesse an solchen Vorträgen allgemeiner würde, denn auf solche Weise wird einem jeden klar, was er zur Erreichung besserer Verhältnisse beitragen muß.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Entwürfe für Lithographien und Urheberrecht.

Wiesehr sich das Urheberrecht zu einer juristischen Sonderdisziplin ausgebildet hat, für die außer den allgemeinen juristischen Kenntnissen noch eine Summe von Erfahrungen und technischem Verständnis notwendig ist, geht aus der folgenden Frage und ihrer Beantwortung hervor. In der »Buchdrucker-Woche« heißt es:

Wer ist Urheber der Lithographien, die zu Verlagszwecken angefertigt werden? Sie erhalten beiliegend einige Drucke von Spieldecken. Wir haben diese im vorigen Jahre für einen Kunden gedruckt, und jetzt haben wir aus dem Ausbleiben weiterer Auflagen die Gewißheit, daß diese Sachen bei einem Drucker unserer Nachbarschaft gedruckt werden. Wir teilten nun diesem mit, aus welchen Gründen wir vermuten, daß uns der betr. Besteller abgesprungen ist, und ließen den Drucker wissen, daß wir unsere Entwürfe als urheberrechtlich geschützt betrachten. Dieser schickte unser Schreiben an unseren alten Besteller, und dieser wieder teilte uns mit, daß er seine Muster, die er ja bezahlt hätte, drucken lassen würde, wo es ihm paßte. Die Ideen seien ja sein geistiges Eigentum. Dieses geistige Eigentum bestand nur darin, daß er uns irgendein Motiv, das wir dann zeichnerisch auszuzeichnen hatten, angab. Das Bezahlen der Entwürfe und Lithographien bestand darin, das wir ihm dieselben in allen Fällen unter dem Selbstkostenpreis berechnen mußten und auch dann noch von ihm zu hören bekamen, daß unser Fachkollege ihm diese Vorarbeiten überhaupt nicht berechnete. In der Hauptsache sind wir uns im klaren, welche unserer Entwürfe unbestreitbar geschützt sind. Doch einige zweifelhafte Fälle unterbreiten wir Ihrer Begutachtung. Noch sei erwähnt, daß unsere Rechnungen am Fuße den Satz enthalten, daß jeder unserer Entwürfe gegen Nachdruck, auch in veränderter Form, geschützt ist. Also hätte der betr. Besteller sofort Gelegenheit gehabt, Einwände dagegen zu erheben.

W. W. in A.

Antwort: An sämtlichen uns eingereichten Bildern steht Ihnen kein Urheberrecht zu. Das hat Ihr Besteller, in dessen Auftrage Sie die Bilder anfertigen und der damit einen Verlag betreibt. Schon aus diesem Grunde unterfällt die Angelegenheit dem Verlagsrecht. Würde man den Anfertiger von derartigen Bildern als den Urheber ansehen, so dürfte das für den Verleger eine Daumenschraube ohne Ende sein; er würde gezwungen werden, nur immer bei einem und demselben Lithographen arbeiten zu lassen, und könnte von den Angeboten der freien Konkurrenz dann keinen Gebrauch machen. Durch diese Auskunft erledigen sich auch Ihre übrigen Anfragen über das Urheberrecht. Die Bemerkung auf Ihrer Rechnung ist eine einseitige Kundgebung, auf die sich der Besteller nicht einzulassen braucht.

Dr. Röder.

Der Beantworter hat augenscheinlich Glocken läuten gehört und weiß nicht — wo sie hängen. Irgendwo, in irgend einem Kommentar hat er einmal etwas vom einem Rechte des Bestellers gelesen und interpretiert nun diese dunkle Erinnerung dahin, daß jedem Besteller, der einen Funken einer Ahnung einer Idee einem Lithographen oder sonstigen Zeichner gegenüber äußert, sofort an dem Entwurf, der auf Grund dieser Anregung entsteht, das Urheberrecht gegeben ist. Nur ist die oberste Gerichtsbehörde im Deutschen Reich über das Bestellerrecht anderer Meinung. Durch Urteil des Reichsgerichts vom 6. August 1910 wird ausdrücklich festgestellt, daß eine künstlerische Idee erst durch die bildliche Darstellung praktische Bedeutung erlangt. Eine solche bildliche Darstellung erfolgt aber gerade durch den Entwerfenden, der den etwaigen Gedanken des Bestellers künstlerisch ausführt und somit ist der Entwerfende überhaupt erst der Urheber.

Irgend ein Besteller erkennt das Gesetz nur bei Büsten und Portraits an, und da erstreckt sich überdies das Bestellerrecht nur auf die Berechtigung zur Nachbildung zum eigenen Gebrauch, aber nicht zur geschäftlichen Verwertung. Auch ein stillschweigender Übergang des Urheberrechts kann allerdings unter gewissen Bedingungen vorliegen, hat aber zur Voraussetzung, daß ein Werkvertrag oder ein Dienstvertrag besteht. Ein solcher existiert aber dann nicht, wenn, wie im vorliegenden Falle, die Anfertigung der Entwürfe erst die Einleitung zum Abschluß des Werkvertrages sein soll.

Auch die Berufung auf das Verlagsrecht erscheint insofern unbegründet, als ein Gesetz über das Verlagsrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie nicht existiert, und wenn man von einem Verlagsrecht oder der Anwendung verlagsrechtlicher Bestimmungen spricht, so sind sie, mit Ausnahme der im § 11 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. Januar 1907 erwähnten Fälle, doch nur eine façon de parler für Handelsbrauch und Verkehrssitte.

Die Antwort müßte also lauten: »An sämtlichen eingereichten Bildern steht Ihnen allein das Urheberrecht zu. Der Besteller hat, wenn er Ihnen den Auftrag zur Anfertigung der Bilder gab und damit einen Verlag betreibt, mangels besonderer Vereinbarungen daran kein Urheberrecht.«

Fritz Hansen.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Unternehmerverbände — Streikschutz.

I.

Als Gewerkschafter haben wir ja die selbstverständliche Pflicht, den Vorgängen im Unternehmerlager und der Entwicklung der Unternehmerorganisationen weitestgehende Beachtung und Aufmerksamkeit zu widmen. Der vollzogene Anschluß des »Bundes der chemigraphischen Anstalten« an den »Bund der Industriellen« und den »Deutschen Industrieschutzverband«, sowie die in dem einen der Schreiben an die Iariftreuen Prinzipale enthaltene Aufforderung, sich für möglicherweise bei Erneuerung des Tarifes eintretende Schwierigkeiten durch Beitritt zu der Streikentschädigungsgesellschaft einen finanziellen Rückhalt zu sichern, diängen uns im besonderen die Notwendigkeit auf, uns einmal die mit der Unternehmerorganisation unseres Gewerbes in Verbindung stehenden Arbeitgeberverbände etwas näher anzusehen. Bei dieser Gelegenheit dürfte es angebracht sein, auch auf das Wesen der sich über das Reich erstreckenden zentralen Arbeitgeberverbände, in denen verschiedene Branchen organisiert sind, mit einzugehen.

Nach Dr. August Müller (»Gewerkschaften und Unternehmerverbände«) war das koalierte Unternehmertum Deutschlands bis vor kurzer Zeit in zwei Hauptgruppen zentral zusammengeschlossen: der »Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände« und dem »Verein deutscher Arbeitgeberverbände«. Beide sind im Jahre 1904 zum Zwecke des zentralisierten Streikschutzes gegen die Arbeitergewerkschaften gegründet worden. Bis dahin existierten nur zwei Zentralverbände, die verschiedene Berufe aus dem ganzen Reich in sich aufnahmen: der »Zentralverband deutscher Industrieller« und der »Bund der Industriellen«. Neben ihnen bestanden noch eine ganze Anzahl Branchenverbände für das ganze Reich oder einzelne Landestteile, und gemischte Verbände, die sich auf bestimmte Bezirke beschränkten.

Der »Zentralverband«, 1876 gegründet, will die Vertretung der Großindustrie sein. Seine Tendenz, sein Wirken und Streben verkörpert sich in seinem langjährigen Geschäftsführer Bueck. 38 Jahre lang hat dieser mit unversöhnlichem Haß gegen die freien Gewerkschaften gewütet und ihre Vernichtung zu erreichen versucht. Als Beauftragter des Großkapitals stand er bei der Zuchtlausvorlage Pate, und jahrzehntelang zügelte er das Tempo der deutschen Sozialpolitik. Und wenn er auch vor zwei Jahren bei seinem Abtritt von der öffentlichen Bühne mit den Worten: »Die Arbeiterbewegung ist unüberwindlich!« das Scheitern seines Lebenswerkes eingestehen mußte, so wirkt doch sein Scharfmachergeist mit unverminderter Schärfe im Zentralverband fort.

In dem 1895 gegründeten »Bunde der Industriellen« kommt die Scharfmacherlei nicht ganz so unverfälscht zur Geltung. Als Vertretung der Verarbeitungsindustrie nimmt er gezwungenermaßen den Gewerkschaften gegenüber eine nicht unbedingt ablehnende Stellung ein. Es sind in ihm zwei Richtungen vertreten, eine mehr und eine weniger scharfmacherische. Die Rundschau vom 11. Nr. 44 der »Graphischen Presse« charakterisiert übrigens seine Stellung zur Arbeiterfrage und nebender die vielgerühmte Neutralität der Unternehmerverbände sehr treffend.

Ähnlich wie zwischen »Zentralverband« und »Bund der Industriellen« ist auch das Verhältnis zwischen »Hauptstelle« und »Verein deutscher Arbeitgeberverbände« mit deren Gründung in den Wirrwarr der Unternehmerorganisationen eine gewisse Ordnung gebracht wurde, allerdings zum Schaden der Arbeiter. Ihre bedingt verschieden geartete Stellung zu den Gewerkschaften ist hervorgerufen worden durch die Zusammensetzung der ihnen angeschlossenen Verbände und deren Auffassung über geeignete Unterstützung bei Streiks, speziell die finanzielle Unterstützung.

Für die Kohlen- und Eisenindustriellen der unter der Ägide des Zentralverbandes auftretenden Hauptstelle spielt naturgemäß die Frage der finanziellen Unterstützungen bei Arbeitseinstellungen eine nur nebensächliche Rolle. Das rapide Anwachsen ihres Kapitals, ihre Monopolstellung auf dem Wirtschaftsmarkt, die zersplitterten und verhältnismäßig schwachen Organisationen der Arbeiter in den Berg- und Hüttenbetrieben lassen die Großindustriellen die Folgen von Arbeitseinstellungen bald überwinden. Die Hauptstelle lehnt es darum ab, eine wirkliche Streikversicherung einzuführen. Die angesammelten Fonds können nur nach billigem

Ermessen der berufenen Organe in solchen wirtschaftlichen Kämpfen zur Verwendung kommen, die ein erhebliches allgemeines Interesse der Arbeitgeber beanspruchen.

Im Verein deutscher Arbeitgeberverbände lag von vornherein die Sache anders. Die ihm angeschlossenen Verbände setzen sich zu einem nicht geringen Teil aus mittleren und kleineren Betrieben der Verarbeitungs- und Fertigungsindustrie zusammen. Diese können sich nicht durch Millionengewinne gegen die aus den wirtschaftlichen Kämpfen entstehenden Schädigungen sichern. Sie rechnen darum mit der finanziellen Unterstützung sehr stark, schließen sich zum Teil wohl auch gerade aus diesem Grunde ihren Verbänden an. Nach dem Ausspruch eines Erfahrenen kann im Falle eines Streiks von manchen der Mund nicht weit genug aufgerissen werden. Da aber die Mitgliedschaft in einer Streikentschädigungsgesellschaft eine freiwillige ist, und ferner der bekannte Geschäftssinn unserer Unternehmer ihren Hang zum Nehmen besser entwickelt hat als den zum Geben, laufen natürlich die Gelder nicht so haufenweise ein, daß einfach jeder Streik in gewünschtem Maße finanziell unterstützt werden könnte. Hierzu kommen noch die für die Inhaber der mittleren und kleineren Betriebe verhältnismäßig weniger günstigen Aussichten auf einen Sieg über die streikende Arbeiterschaft, trotz der Streikversicherung. Die Folge davon ist, daß vor dem Ausbruch eines Streiks alle Mittel versucht werden müssen, um ihn zu verhüten. Dazu gehört aber in erster Linie das Verhandeln mit den Gewerkschaften, der Abschluß von Tarifverträgen usw. Dem bedeutenden Interesse der Kleinen — die man im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung doch auch braucht — an baldiger und weitgehender finanzieller Unterstützung bei Streiks und an der Verhütung von Arbeitseinstellungen entspringt also die bedingte Anerkennung der Gewerkschaften durch den Verein deutscher Arbeitgeberverbände.

Das ist aber auch der einzige Unterschied zwischen Hauptstelle und Verein. Wie wenig jedoch darauf Gewicht gelegt wird, geht daraus hervor, daß beide Organisationen einen Kartellvertrag abgeschlossen haben. Das scharfmacherische Ziel, der gemeinsame Zweck ihres Bestehens und Bestrebens ist die Niederrückung der freien Gewerkschaften. Der Kartellvertrag bedeutet den Zusammenschluß des deutschen Unternehmertums in einer Organisation zu rücksichtslosem Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung.

Was diese beiden Zentralorganisationen mit ihrer Verbindung geschaffen haben, wissen sie wohl zu schätzen. Mit Argusaugen wachen sie darüber, daß die Einigkeit im Unternehmertum nicht gestört werde. Unter der Decke spielt sich darum jetzt ein Kampf ab, den die Hauptstelle und der Verein gegen den neuentstandenen dritten Zentralverband, den »Deutschen Industrieschutzverband, Sitz Dresden«, dem auch der Bund der chemigraphischen Anstalten nach seinem Anschluß an den Bund der Industriellen angehört, führen. Aus einem an die Handelskammern gerichteten Abwehrschreiben des Industrieschutzverbandes ist zu ersehen, daß die Hauptstelle und der Verein in einem Zirkular, ebenfalls an die Handelskammern versandt, versucht haben, »unter völliger Entstellung der vom Deutschen Industrieschutzverband verfolgten Ziele und seiner bisherigen streikverhütenden und -entschädigenden Tätigkeit die amtlichen Interessenvertretungen von Handel und Industrie über diesen Verband irrezuführen«. Weiter heißt es dann, der Schutzverband habe die früheren Angriffe der beiden Organisationen ignoriert, weil sie seine Fortentwicklung nicht gefährden können, »vornehmlich aber auch, weil er den gewerkschaftlichen Gegnern nicht die Freude eines Kampfes im eigenen Lager der Arbeitgeber machen wollte, denn bei einer noch so sachlichen Kritik der Tätigkeit und Erfolge der beiden angreifenden Organisationen wäre deren Bloßstellung leider ganz unvermeidbar«. Zum Schlusse versichert der Industrieschutzverband, er werde »den verehrlichen Handelskammern dankbar sein, wenn sie in geeigneten Fällen auf unseren Verband hinweisen«.

Es wäre interessant zu untersuchen, wo Scharfmacherverbände das Recht herleiten, amtliche Interessenvertretungen, öffentliche Organe zur Wahrung der Handelsinteressen ihren Zwecken dienstbar zu machen. Diese Zeilen haben jedoch nur den Zweck, der Öffentlichkeit einiges über das Wesen der Unternehmerorganisationen zu vermitteln. Es soll darum in Folgendem noch besonders auf den Industrieschutzverband eingegangen werden, der uns ja auch wegen der Mitgliedschaft des Bundes der chemigraphischen Anstalten vor allem interessiert.

Man könnte noch begreifen, daß die Menschen sich für ungleich halten, weil der eine stärker, größer, oder verständiger, tapferer, weiser, besser ist, als der andere. Gewöhnlich teilt man aber nicht aus diesem Grunde die Menschen in Klassen und hält die einen für höher, die anderen für niedriger. Für ungleich hält man sie, weil der eine Graf, der andere Bauer heißt, einer einen feinen Anzug, der andere Bastschuhe anhat.

Leo N. Tolstoi.

Die modernen guten Adler-Film

werden in über 300 div. Dessins fabriziert, weit mehr als alle anderen Leipziger Tangierfilm-Fabriken zusammen herstellen. Dessin-Muster gratis. F. TROMMER jun., Nauhof-Leipzig.

Stellenangebote

Gesucht ein tüchtiger **Metall-Retuscheur** für Autotypie zum baldigen Eintritt. [180

E. Schreiber, G. m. b. H., Graphische Kunstanstalten, Stuttgart.

Tüchtiger **Fräser und Monteur** sofort gesucht. Offerten, Gehaltsansprüche und Zeugnisse erbeten. [240

Graphische Kunstanstalt Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., Mannheim-L.

Tücht. Kopierer der auch das Drucken mit übernehmen kann, sofort gesucht. Offerten, Gehaltsansprüche und Zeugnisse erbeten. [240

Graphische Kunstanstalt Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., Mannheim-L.

Tücht. Andruker für 3 u. 4-Farben-druck sowie für Schwarz, mögl. sof. l. gutbez. dauern. Stell. ges. Off. m. Zeugnisabschr., Gehaltsanspr. u. Antrittsm. a.

Zerreiss & Co., Nürnberg.

Tücht. Messingstecher werden angenommen. [150

Oswin Walther, Radebeul-Dresd. Siedonienstraße 14.

2 tücht. Messingstecher, 1 Filzer u. Hilfsarb. f. dauernd sof. ges., durch d. Arbeitsnachweis. Aug.

Künnecke, Formst., Hannov.-Linden.

Verschiedenes

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe

liefert Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

DIE BESTEN Spritzapparate sind „LUFTIKUS“

Leipziger Tangier-Manier, Alex. Grube, Leipzig, Talstraße 40. Abt. D. Luftmaigeräte.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt freil. Kunstgewerbeschule **Barmen**

DRESDEN!

Sonntags vormittags 9-12 Uhr: Un- terricht im Aktzeichnen und Malen. Stylisieren. Komponieren.

A. Walther, Kunstmaler, Walpurgisstr. 2, III - Prospekt frei!

Graphische Werkstätten

der Handwerker- u. Kunstgewerbeschule **Breslau**

Kunstgewerbl. u. techn. Ausbildung in Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Buchbinerei, Photo- mechan. Reproduktionsverfahren :: Auskunft durch den Direktor :: Halbjährlich 30 Mark - Eintritt jederzeit

Ein modernes Schriftenwerk für die **Schreibkunst** 3,50 Kunstschriftverlag Lautenbach, Berlin-Mariendorf

Gebrauchte eiserne Steindruck- handhebelpressen

60/79, 45/54, 53/74 u. 55/78 cm verkauft billigst Leipziger Tangier-Manier, Alex. Grube, Leipzig, Talstr. 4

Lithographen - Diamanten für Hand und Maschine.



- No. 72 Schrift-Diamant m. Naturspitze für Lithogr., p. Stk M. 4.- 7.- 9.-
 - No. 73 Vierkantig geschliff. Schrift-Diamanten, bes. f. engl. Schrift u. Kupfer- stecher zu empfehlen, per Stück M. 12.- 14.- 16.- 18.- 20.-
 - No. 74 Scharfrundgeschliffener Schrift-Diamant für englische Schrift und Kupferstecher, per Stück . . . M. 14.- 16.- 18.- 20.- 24.-
 - No. 75 Dreikantig geschliff. Maschin.-Diamant z. Gravieren, p. St. M. 7.- b. 12.-
 - No. 76 Maschin.-Diamant m. Naturspitze z. Gravieren, p. St. M. 4.- bis 8.-
 - No. 77 Masch.-Diamant, konz. geschliff. f. Asphaltarb., p. St. M. 12.- bis 20.-
 - No. 78 Saphir, konzentriert geschliffen f. Asphaltarbeiten, p. St. M. 7.- bis 13.-
 - Nc. 80 Federnder Diamant z. Ziehen v. Punktierlinien, p. St. M. 4.- bis 6.-
 - No. 81 Zirkeldiamant, per Stück M. 3.- bis 4.-
 - Glasschneide-Diamanten**, per Stück M. 3.- 6.- 8.- 10.-
 - Universal-Glasschneide-Diamanten**, per Stück M. 8.- 10.- 12.- 15.-
- Reparat. sämtl. Diamantwerkzeuge werden prompt u. bill. ausgeführt
Diamantwerkzeug-Fabrik, **Urbanek & Co.,** Berlin W. 15, Uhland-Straße 52.

„Faltentod“

Endlich ist er da der Faltentöter! (Pat. Drawe.)

Einzig wirksame Vorrichtung zur Verhinderung der Faltenbildung und des Dehnens der hinteren Ecken beim Bedrucken der Bogen. In kurzer Zeit bereits glänzend bewährt! Patente in allen Kulturstaaten.

Krieger & Co., Bielefeld.

60 000 Druck!

Hamburg, 14. Nov. 1912.

Hiermit bescheinige ich dem Maschinenmstr. Herrn F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60, daß er in meiner Anstalt mit Hilfe seines

„Matt-Lack“ u.

„Tonschutzes“

sechzigtausend Druck 125er Form- mat, Raster, ohne Einwalzen und Nach- ätzen gedruckt hat. Die Platte war dann noch unverändert. [300

Druckerei H. Carly.

I. V.: Wilh. Höbel.

Man beachte das andere Inserat.

Fachliteratur.

Der praktische Umdruker.

Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt- gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Alois Senefelder und die Erfin- dung der Lithographie.

Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Senefelders Lehrbuch der Litho- graphie und des Steindrucks vom Jahre 1821.

Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz.

Roulett., Fadenstichel

Fräser u. s. w. in bester Aus- führung fert. an

Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Totenliste.

† Am 12. August in Colmar i. Els. **Richard Dunker**, Steindrucker aus M. Gladbach, 30 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Crefeld am 23. August 1908.

† Am 19. September in Colmar i. Els. **Karl Uttard**, Steindrucker aus Colmar i. Els., 18 Jahre alt, durch einen Unglücksfall. — Eingetreten in Colmar i. Els. am 28. Mai 1911. Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 1. Mai 1910.

† Am 4. Oktober in Berlin **Reinhold Philipp**, Lithograph aus Berlin, 18 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 4 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 31. März 1912. Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 21. Juni 1908.

† Am 6. Oktober in Duisburg **Wilhelm Klare**, Steindrucker aus Osnabrück, 40 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Hannover am 14. Februar 1898.

† Am 8. Oktober in Wurzen **Hermann Schmidt**, Steindrucker aus Wurzen, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 6 Wochen. — Eingetreten in Wurzen am 18. April 1903.

† Am 9. Oktober in Berlin **Ernst Müller**, Steindrucker aus Berlin, 44 Jahre alt, an Geisteskrankheit, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Brandenburg a. H. am 3. November 1911.

† Am 10. Oktober in Elberfeld **Heinrich Wegener**, Lithograph aus Elberfeld, 21 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 48 Wochen. — Eingetreten in Elberfeld am 17. September 1901.

† Am 21. Oktober in Hamburg **Heinrich Looff**, Steindrucker aus Schleswig, 68 Jahre alt, an Darmkrebs, Invalide seit 12. September 1898. — Eingetreten in Wandsbeck am 9. Februar 1874.

† Am 27. Oktober in Berlin **Otto Heppner**, Lithograph aus Breslau, 28 Jahre alt, an Gehirnschlag. Eingetreten in Leipzig am 1. August 1904.

† Am 27. Oktober in Frankfurt a. M. **Friedrich Lack**, Hilfsarbeiter aus Rödelheim b. Frankfurt a. M., 80 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 2. Januar 1910. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 28. Oktober in Leipzig **Ernst Müller**, Lithograph aus Eutritzsch bei Leipzig, 43 Jahre alt, an Darmverschlingung, krank 3 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 5. Juni 1894.

† Am 4. November in Berlin **Otto Preuß**, Photograph aus Königs- berg i. Pr., 31 Jahre alt, an Blutsturz. — Eingetreten in Berlin am 6. November 1910.

† Am 5. November in Breslau **Johannes Neumann**, Lithograph aus Breslau, 54 Jahre alt, an Herzleiden, krank 5 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Breslau am 1. Januar 1893.

† Am 7. November in Dresden **Ernst Peter**, Steindrucker aus Dresden, 73 Jahre alt, an Schlaganfall, Invalide seit 1. Mai 1904 — Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 11. November in Crefeld **Johann Biston**, Steindrucker aus Rheydt Bez. Düsseldorf, 58 Jahre alt, an Magenleiden und Speiseröhren- verengung, krank 20 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Crefeld am 21. Oktober 1901.

† Am 12. November in Berlin **Rudolf Nicolai**, Steindrucker aus Berlin, 67 Jahre alt, an Magenkrebs und Herzleiden, Invalide seit 11. Dezem- ber 1909. — Eingetreten in Berlin 1. Januar 1893.

† Am 15. November in Berlin **Hermann Vogel**, Steindrucker aus Berlin, 58 Jahre alt, an Zuckerkrankheit, Invalide seit 11. April 1907. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorsände, uns von jedem Todes- fall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Bei- fügung des Mitgliebadbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufvornamen, Geburtstag und -Jahr) mitteilen.

Der Hauptvorstand.